Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk 2.92, wo keine Post am Orte Mk. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 25. Sonnabend, den 30. Januar 1909. 20. Jahrgang.

Die getäuschten Unterbeamten.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das preußische Dreiklassenparlament brachte am Donnerstag unter einhelliger Zustimmung aller Parteien die neuen Beamtenbesoldungen im wesentlichen zustande. Sie haben eine lange Vorgeschichte: es war in der Zeit der Hottentottenwahlen, wo unter Hurrabegeisterung eine „nationale" Mehrheit zusammengepeitscht werden sollte, als die Regierung den durch Zollwucher und Brotverteuerung am schwersten betroffenen Beamten eine ausreichende Gehaltsaufbesserung versprach. Jahrelang hat sie mit der Ausführung des Versprechens gezögert, und erst als die Beamtenschaft mit ihrer Organisation Ernst machte, hat die Regierung sich über das Gnadengeschenk von Teuerungszulagen hinausdrängen lassen. Im Reiche schwebt die Beamtenbesoldung auch jetzt noch in der Luft; sie ist verkoppelt mit der Reichsfinanzreform und soll den unpopulärsten neuen Steuern als Vorspann dienen. Auch in Preußen ist die Besoldungsaufbesserung nur zustande gekommen, nachdem das Abgeordnetenhaus in eine erhebliche Vergrößerung der Einkommensteuer auf alle Einkommen von mehr als 1200 Mark gewilligt hat. Und was ist nun zustande gekommen? Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses mußte auf eine Stunde unterbrochen werden, weil der Kuhhandel zwischen den bürgerlichen Parteien noch nicht vollständig perfekt war. Auf Kosten der Unterbeamten wurde schließlich ein Kompromiß zwischen allen bürgerlichen Parteien und der Regierung geschlossen, das den Mehrheitsbeschlüssen der vorberatenden Kommission zur einstimmigen Annahme im Plenum verhelfen wird. Auf alle Arten von Anträgen leisteten die bürgerlichen Parteien feierlich Verzicht. Sie haben so lange über ihr warmes Herz für die Beamten geredet, und mit ihrer angeblichen Beamtenfreundlichkeit mit unbestimmten und weittragenden Versprechungen die Beamten geködert, daß ihnen jetzt angst und bange geworden ist vor den Geistern, die sie gerufen haben. All die schönen Worte von der unerreichten Pflichttreue des preußischen Bureaukraten und der unermeßlichen Bedeutung einer berufsfreudigen Beamtenschaft für den Staat sollte heute nur dazu dienen, die Forderung an die Beamtenschaft zu motivieren: nun seid wieder hübsch ruhig, nun schlafet wieder ein!

Dabei sind die Unterbeamten, wie Genosse Hirsch in einer scharfen Kritik nachwies, bei den Beschlüssen sehr schlecht weggekommen. Die vorgeschlagenen Gehaltssätze sind weit davon entfernt, auch nur die Höhe der in Bayern längst bewilligten Sätze zu erreichen. Unsere Anträge, die zur Aufbesserung der Lage der Unterbeamten noch 12 Millionen Mark erfordert hätten, wurden allein gegen unsere Stimmen abgelehnt. Sachlich waren sie für die bürgerliche Mehrheit schon um deswillen nicht anfechtbar, weil sie nur die Wiederaufnahme der von dieser selbst in der Kommission gemachten und jetzt fallen gelassenen Vorschläge darstellten. Um so heftiger schimpften die bürgerlichen Redner aller Parteien, daß sie nur agitatorisch, und sachlich ganz undurchführbar seien. Die Unterbeamten werden sich aber hoffentlich ihre eigenen Gedanken darüber machen, warum die Höhe ihres Gehalts in einem genau bestimmten Verhältnis zur Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landesparlament steht.

Oberst und Sozialdemokratie.

Der frühere Kommandeur des 41. Feld-Artillerie-Regiments und Oberst Gädke hat jüngst als Redner in einer Berliner Versammlung der Demokratischen Vereinigung, die gegen den geplanten Viermandatraub protestierte, für den Fall einer Neuwahl die Parole ausgegeben: „Unter allen Umständen gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten!"

Diese Stellungnahme Gädkes ist ein Ausfluß nicht sozialdemokratischer, sondern bürgerlich-demokratischer Gesinnung. Die Bevölkerung Berlins ist nun einmal in ihrer großen Mehrheit sozialdemokratisch gesinnt. Der freisinnig-konservative Versuch, durch unsaubere Schiebungen eine Neuwahl zustande zu bringen, bei der der wirkliche Volkswille unterdrückt wird, muß jeden demokratisch gesinnten Mann aufs heftigste abstoßen und empören. Herr Gädke hat seiner ehrenhaft demokratischen Gesinnung Ausdruck gegeben, indem er seine näheren Parteifreunde aufforderte, ein solches Manöver nach Kräften zu vereiteln. Darum sagt er: „Unter allen Umständen gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten!"

Trotzdem bleibt es etwas Auffälliges und Ungewöhnliches, daß ein Mann, der an der Spitze eines preußischen Regiments gestanden und einen hohen Rang in der Armee bekleidet hat, in öffentlicher Versammlung für die Wahl eines Sozialdemokraten eintritt. Im allgemeinen ist man doch gewöhnt, von hohen Offizieren a. D. ganz andere Töne zu vernehmen. Man braucht nur an die Herren Liebert, Keim, Spitz, Schubert, v. Jagwitz zu erinnern, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Sozialdemokratie mit sehr bescheidenen geistigen Mitteln, aber dafür mit desto größerer Gehässigkeit auf das allerentschiedenste zu bekämpfen.

Nun besteht zwischen diesen politischen Generälen und dem demokratischen Oberst Gädke allerdings ein tiefgreifender Unterschied. Herr Gädke ist, wie erinnerlich, von einem sogenannten „Ehren"-Gericht wegen einiger freimütiger Artikel, die er veröffentlicht hatte, zum Verlust seiner Uniform und seines Titels verurteilt worden. Damit ist er dazu verurteilt worden — ein freier Mann zu sein! Mit der Uniform hat man ihm die Zwangsjacke der politischen Gesinnungsknechtschaft ausgezogen, und er kann jetzt als Staatsbürger seine Meinung frei aussprechen, ohne neue Torturen eines militaristischen Fehmgerichts befürchten zu müssen. Die anderen Herren, die nicht ehrengerichtlich verurteilt, das heißt bürgerlich freigesprochen sind, entbehren die Freiheit des einfachen Arbeiters, der sich nicht scheut, seine Meinung, in der Werkstatt und der Versammlung, offen auszusprechen.

Herr Gädke ist so ziemlich der einzige Mann im Deutschen Reiche, der Oberst war und dennoch ein freier Mensch ist. Wir wenigstens kennen nur zwei höhere Offiziere, die ihm an die Seite gestellt werden könnten. Und dieser freie, von keinem Terror der Welt bedrohte ehemalige Oberst und Regimentskommandeur sagt: „Unter allen Umständen gleich im ersten Wahlgange für die Sozialdemokratie!"

An diese Tatsache wird man unsere politischen Generäle erinnern dürfen, wenn sie wieder einmal vom Terrorismus der Sozialdemokratie reden.

Politische Uebersicht.

Eine Wahlrechtsdemonstration in Hildesheim.

Eine wohlgelungene Wahlrechtskundgebung fand in Hildesheim am Dienstag Abend statt, ohne Erlaubnis, aber unter Mitwirkung der königlich preußischen Polizei.

Durch ein Nachmittags verbreitetes Flugblatt waren die Arbeiter eingeladen worden, sich Abends präzise 8 Uhr beim Dom einzufinden, von wo dann der Zug durch die Stadt nach dem Versammlungslokal stattfinden sollte. Eine Viertelstunde vor der festgesetzten Zeit war der Platz noch fast völlig menschenleer: nur hier und da sah man im Mondenschein bezw. trüben Schimmer der Laternen die Wahrzeichen des Rechtsstaates blitzen: die Polizei war auf den Posten und harrte der Dinge, die da kommen sollten. Wie aus dem Erdboden gestampft, waren punkt 8 Uhr wohl gegen 3000 Demonstranten, Männer und Frauen, anwesend.

Unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht setzte sich die Masse in Bewegung. In den Straßen, die der Zug passierte, standen Hunderte staunend Spalier. Die Fenster der hochgiebeligen, malerischen Häuser wurden klirrend aufgerissen und Kopf an Kopf drängte sich heraus, um Zeuge des ungewohnten Vorganges zu sein. Immer wieder erschallen brausende Hochs, trotz des Dienteifers einiger Polizeibeamten, die, obgleich sie das Hochrufen nicht verhindern konnten, immer wieder „Ruhe!" geboten. Nach halbstündiger Wanderung mitten durch die Stadt trafen die Demonstranten am Ziele ein. Genosse Rauen hielt dort eine kernige Ansprache. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das gleiche Wahlrecht schloß die würdige Kundgebung.

Bemerkt sei noch, daß die Mehrzahl der Polizeibeamten, die den Zug bis an den Eingang zum Gewerkschaftshause begleiteten und hier zu beiden Seiten sich postierten, sich durchaus taktvoll benahm und ruhig geschehen ließ, was sie nicht verhindern konnte. Einige Beamte dahingegen schlugen die Kragen hoch, legten die Schuppenketten herunter und die Hand an den Degen, als wenn es zur Attacke gehen sollte. Immer wieder stürmten sie in den Zug hinein, geboten im Kasernenton „Ruhe!" oder hielten einigen Hochrufern den Mund zu bezw. nahmen Sistierungen vor. Die Disziplin der Massen litt durch diese hochkomisch wirkenden Unterbrechungen nicht im geringsten.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

102

6.

Wie die Zeit vergeht! — das ist ein dummer Ausruf, gesteh' ich ein. Dennoch weiß ich kaum einen klügeren aufzubringen, wenn ich berechne, daß ich jetzt schon über ein Jahr Souffleur bei dieser Wirtschaft bin, die mir anfänglich unerträglich dünkte, und die mir jetzt nicht schlechter vorkommt als viele bessere, welche ich sah. Der Mensch befreundet sich auf die Länge mit allem, sogar mit ihm feindseligen Dingen. Außerdem gefällt mir meine untergeordnete Stellung, weil ich Mittel fand, sie zur mächtigsten zu machen. Die ganze Bande hat Respekt vor mir. Wenngleich keiner weiß, wer vor ihm da unten im Kasten sitzt, so fühlt doch jeder mein Uebergewicht. Ja, ich hab' es schon so weit gebracht, daß sie aus Furcht vor mir fast lernen. In den Proben komm' ich den Faulen nicht zu Hilfe, lasse sie zappeln, sie müssen sich schämen und holen nach, was nur geht. Auch geb' ich wohl 'mal einen Wink über diese oder jene fragliche Stelle. Da staunt einer den anderen an, und mancher schleicht zu mir, ungesehen von den Kollegen mit fremdem Kalbe zu pflügen — was übrigens eine falsche Uebertragung ist und Zugochse heißen müßte. Wären's nur nicht alle miteinander so nichtige Gesellen! Das einzige Talent, die Lotte, muß fort, weil ihretwegen unaufhörlich Paukereien zwischen Studenten und Offizieren entstehen. Dann wird's gar ledern werden! Der hübsche Satan brachte doch manchmal Geist ins Tagewerk.

7.

Oho, Herr Flegel! So haben wir nicht gewettet. Sie wollen Ihrem Souffleur den Direktor zeigen, begegnen ihm grob, weil er Ihnen das fehlende Wort nicht anschlug? Schelten ihn ungeschickt? Behaupten, er habe die Fassung verloren? Nicht doch! Er wollte Ihnen keinen Beistand leisten; es war seine Absicht, daß Sie sich blamieren sollten. Sind Sie nicht verpflichtet, Ihren Schauspielern mit gutem Beispiele voranzugehen? Und geben ein so schädliches! Trotzen auf meine Abhängigkeit von Ihnen. Kennen mich schlecht.

Das ging nicht länger. Da haben Sie's nun. Sind tüchtig ausgezischt worden; sprachen prachtvollen Unsinn. Und warfen die Schuld auf mich. Drohten mit Entlassung! .... Ha, wie er sich verwunderte, da ich sie willig annahm!

Schnüre dein Bündel. Fort!

8.

Köthen, Dessau, Wittenberg — nirgends Theater gefunden. In Dessau sind Ferien, und die Truppe, welche Wittenberg alle Jubeljahre einmal heimsuchte, hat sich in die Elemente aufgelöst. Da blieb nichts übrig, als weiter zu fahren. Zu meinem Glück fand ich Platz für mich und das bißchen Gepäck in einem leer nach Berlin zurück zaudernden Hauderer, wo ich wie ein großer Herr reiste. Das verwünschte Gepäck! Häuft sich so rasch wieder an. Bücher und Papiere fallen gleich schwer ins Gewicht. Hat aber auch sein Gutes. Je schwerer Koffer und Kiste, desto größer das Zutrauen der Direktion.

In Treuenbrietzen Nachtquartier. Ich dachte gleich an das niedliche Lustspiel „Das Posthaus zu Treuenbrietzen", welches so lange für Kotzebues Werk gegolten und noch dafür gilt und auch mir dafür galt, bis ich in einer belgischen Stadt von französischen Schauspielern les rivaux d'eux memes aufführen sah. Buchstäblich übersetzt, nur statt Paris Berlin und statt Versailles Potsdam! Sie machen sich's mitunter bequem die deutschen Autoren. Wenn sie wenigstens noch so ehrlich wären, die Originale zu nennen.

9.

Als wir in Potsdam eintrafen, lag mir's beängstigend auf der Brust ... ich wußte nicht was. Eine Bangigkeit, die mich erdrücken wollte. Erst meinte ich, es sei die Stadt selbst mit ihren toten, menschenleeren Gassen, mit ihrer peinlichen Stille, mit ihren gewaltigen Erinnerungen, die mich einenge und mir den Atem versetze. Kannt' ich denn nur entfernt ahnen, was mir dort bevorstand? Ich habe doch schon so viel erlebt und harte Kämpfe gestritten vom Sarge der Mutter bis übers Schlachtfeld zum Professor. Aber gegen den Kampf in Potsdam ist alles Kleinigkeit gewesen, und ich glaube kaum, daß irgend ein Mensch vor mir in derselben Lage war.

In einem Gasthause geringerer Gattung hielt mein Hauderer an, um schon Mittag zu machen; so lange hatten die abgemagerten Pferde vom Nachtquartier her gebraucht. Der Kneipe gegenüber stand ein stattliches Gebäude, aus dessen erstem Stock bei offenen Fenstern Gesang und Gläserklang ertönte. Die Stimme kam mir bekannt vor; ein wohltönender, wenngleich etwas umschleierter Sopran. Lustige Liedchen! Dazwischen pufft manchmal ein Champagnerpfropfen. Jetzt hatte ich's weg: die Sängerin war unsere Lotte. Es währte auch nicht lange, so zeigte sie sich zwischen zwei Offizierchen am Fenster. Erst lachte sie laut über meines Hauderers delabrierte Kutsche, in der ich sitzen geblieben war, um ein Buch aus dem Reisesack zu suchen. Kaum stahl ich mich heraus, und sie wurde meiner ansichtig, schrie das tolle Mädel wie besessen: Tod, alter Mantwurf, wo führt Dich der Henker her? Und winkte mir mit beiden Armen, und redete in die Leutnants hinein, und winkte wieder, und ehe ich noch in die Haustür des Gasthauses entschlüpfen konnte, riefen die jungen Herren: He, Kamerad, ein Gläschen! Ihr müßt mit uns anstoßen aufs Wohl aller braven Soldaten! Offenbar hatte sie ihnen gesagt, daß ich mitgemacht, und daß meine Narbe kein Bierhieb sei. Wollt' ich gut oder übel, diesem Zuruf mußt' ich Folge leisten. Ich ging. Die Lotte stürzte mir schon auf der Treppe entgegen und küßte mich herzhaft ab. Sie noch hier? sprach ich; meines Erachtens wollten Sie ja nach Berlin? — Bin hier hängen geblieben, Todchen, jubelte sie und hing sich mit beiden Armen an die Hälse der schmucken Gardisten. — Und die Frau Mutter? — Liegt drin auf dem Bette und verschläft ihren Rausch; kann nichts mehr vertragen! — Da mußt' ich denn trinken und Bescheid tun, von der Schlacht erzählen vom Blücher ... die guten Jungen hatten Tränen in den Augen und wurden ernst. Mitten im Gespräch fand ein dritter sich ein, noch jünger wie die zwei anderen. — Du schon wieder daheim? riefen sie ihn an, Dein Urlaub ist ja noch nicht zu Ende! — Aber mein Geld, sprach er und ließ drei Gläser hintereinander durch die Gurgel rinnen. — Verspielt? — Verspielt bis auf den letzten Goldfritzen. — Mama Gräfin wird bluten müssen. — Und wer hat Dir's abgejagt? — Ein nichtswürdiger alter Gauner, der die böhmischen Bäder unsicher macht! Ein Kerl, der sich den vornehmsten Anstrich zu geben versteht. Auf Seele, ich bildete mir ein, ich hätt' es mit einem Kavalier vom alten Schlage zu tun. Die gentilsten Manieren von der Welt. Wie ich ganz gerupft war, hört' ich erst, es sei ein ehemaliger Komödiant, ein mauvais sujet erster Klasse, der vor vierzig Jahren in Berlin allen Weibern die Köpfe verdrehte und von allen Männern gehaßt war. Dutzendweise haben sich Frauen und Mädchen seinetwegen erdolcht und vergiftet. Er muß schier über die sechzig hinaus sein, hält sich aber noch kräftig und stramm. Wär' er von Familie gewesen, hätt' ich ihn fordern lassen oder ihn durch eine Beleidigung gezwungen, mich zu fordern, denn ohne Zweifel hat er falsch gespielt. Mit so 'nem Rotürier kann man sich doch beim besten Willen nicht schlagen? Ich zog im stillen ab, um nicht noch hinterdrein ausgelacht zu werden. Aber Donnerwetter, was habt Ihr denn hier für ein Vögelchen gefangen?

Er bemerkte jetzt erst die Lotte und setzte sich zu ihr.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf gegen Bülow. Die Konservativen scheinen in ihrem Kampf gegen Bülow nicht locker zu lassen, und fast hat es den Anschein, als ob sie mit allen Mitteln bis zum Zusammentritt der Tagung des Bundes der Landwirte das Zurückziehen der Nachlaßsteuer erkämpfen wollen. Daß der Kaiser dem Kanzler kühl gegenübersteht, wird von einer Seite behauptet, von der andern wieder lebhaft bestritten; doch darauf kommt es nicht an, denn die Konservativen haben es immer verstanden, auch dem Kaiser gegenüber ihren Willen durchzusetzen.

Professor Delbrück mahnt allerdings in der soeben erschienenen Nummer der „Preußischen Jahrbücher" die Konservativen zum Entgegenkommen. Daß sich die Konservativen dadurch von der einmal eingeschlagenen Bahn abdrängen lassen, ist nicht anzunehmen und neuerdings verlautet, die Hauptschwierigkeit mache bloß noch die Personenfrage. Graf Wedel, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, habe abgelehnt. Ob General v. d. Goltz der gewünschte Mann sei, darüber gehen die Meinungen auseinander. Als dritter im Bunde wird der derzeitige deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr Marschall v. Bieberstein, genannt. Als Führer der konservativen Fronde gilt der Abgeordnete v. Heydebrand, der allerdings schon mehr als einmal kein Hehl daraus gemacht hat, daß er den Block lieber heut als morgen zusammenbrechen sehen möchte.

Im liberalen Lager will man zwar nach wie vor am Block festhalten, immerhin macht sich eine gewisse Mißstimmung gegen Bülow geltend, und zwar wegen seiner Haltung in der preußischen Wahlrechtsfrage.

Es ist damit eingetreten, was naturnotwendig kommen mußte: Man kann nicht liberale Politik treiben wollen mit Hilfe der Konservativen, wie das die liberale Presse nach den Reichstagswahlen von 1907 so breitspurig angekündigt hat. Bülow selbst hat sich damit zwischen zwei Stühle gesetzt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reichsfinanzreform schließlich durch eine Koalition zwischen Zentrum und Konservativen zustande kommt und damit hätte allerdings die Regierungsherrlichkeit des Liberalismus ein ebenso schnelles wie unrühmliches Ende gefunden.

Wie ein praktischer Landwirt über die Finanzreform denkt. Im Landwirtschaftlichen Verein zu Querfurt verhandelte man vor einigen Tagen über die Bedeutung und voraussichtliche Wirkung der Steuervorlagen für unsere Landwirtschaft. Der Referent Freiherr v. Stockhausen-Halle erklärte sich mit den Steuern auf Bier, Tabak, Wein und Inserate, sowie mit der Branntweinmonopolvorlage einverstanden, lehnte aber nach bekanntem bündlerischem Rezept die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten ab. In der Debatte ergriff nun Herr Gutsbesitzer William Koch-Unterfarnstedt das Wort, um seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß diese ganze unerfreuliche Finanzkalamität auf unsere verkehrte Wirtschafts- und Zollpolitik zurückzuführen ist.

Wir haben uns mit einem Kreis von Zollschranken umgeben und können deshalb nicht verlangen, daß uns das Ausland entgegenkommt. Eine Folge dieser Politik sind die gesteigerten Lebensmittelpreise, denen wieder die Erhöhung der Beamtengehälter als notwendiges Uebel folgt.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte Herr Koch dann:

Der Landwirt sei in der Lage, sich selbst zu helfen. „Ich selbst wirtschafte bereits 35 Jahre", so berichtete Herr Koch, „aber ich kann durch meine Bücher nachweisen, daß es mir trotz der schlechten Verhältnisse bei Uebernahme der Wirtschaft immer gut gegangen ist, und daß ich von einer Notlage der Landwirtschaft nichts gemerkt habe. Es gehört viel Courage dazu, zu behaupten, daß sich die Landwirtschaft in einer Notlage befindet. Ich für meinen Teil schäme mich, daß ich die Almosen von den anderen Ständen annehmen muß, und daß man das gesamte deutsche Volk der Landwirtschaft tributpflichtig gemacht hat."

Herr Koch soll ein äußerst tüchtiger Landwirt liberaler Gesinnung sein, dessen Sachkunde selbst von den Gegnern nicht bestritten werden kann.

Agrarisch-germanischer Familiensinn. Adolf Harnack, der bekannte Theologe und Generaldirektor der königlichen Bibliothek in Berlin, veröffentlicht in der Stuttgarter „Deutschen Revue" einen Artikel über die geplante Nachlaßsteuer, in der er das Geschwätz der agrarischen Wortführer von der Gefährdung der deutschen Familie und des echten germanischen Familiengefühls durch die Nachlaßsteuer folgendermaßen abfertigt:

„Die Gegner der Nachlaßsteuer machen geltend, daß sie geeignet sei, den Familiensinn und den Zusammenhalt der Familie zu erschüttern, indem sie sie in dem Momente trifft, wo die Familie besonderer Stärkung bedarf, ferner daß das Verfügungsrecht beschränkt und damit das Eigentumsrecht angetastet wird! Auf letzteres einzugehen, muß ich mir versagen, denn für ein ernsthaftes Argument vermag ich das nicht zu halten, weil es gegen jede direkte Steuer geltend gemacht werden kann, eben dadurch aber ad absurdum geführt wird. Das Eigentumsrecht ist gewiß ein Recht, das wie alle anderen, des Schutzes bedarf; aber es bliebe nichts übrig als seine Abschaffung in Erwägung zu ziehen, wenn es direkte Steuern überhaupt nicht vertrüge. . . .

Ernstzunehmender ist das Argument, welches von dem Zustande der Familie in dem Moment des Todes des Erblassers hergenommen wird. Soll die Familie geschützt werden — und wer wollte sie nicht schützen? —, so soll man ihre Fortexistenz nicht in dem Moment erschweren, in welchem sie ihren bisherigen Ernährer verloren hat. Allein so schlagend dieses sozialethische Argument in der Theorie erscheint, so schwach ist es, wenn man die wirklichen Verhältnisse ins Auge faßt. Erstlich nämlich ist der Besitz keineswegs die vornehmste, geschweige denn die einzige Voraussetzung der Erhaltung der Familieneinheit und Ueberlieferung, ja er ist eine solche überhaupt nur, wenn die Kräfte und Tugenden vorhanden sind, die ihn erst mit zu einer Voraussetzung des Familiengeistes machen. Fehlen diese, fehlen die Erziehung, die Kraft, der Fleiß und das brüderliche Verhalten, so ist das aus dem Nachlaß fließende Kapital allein schlechterdings nicht imstande, einen volkswirtschaftlich und ethisch wertvollen Zustand zu garantieren. Die Ausstattung mit geerbtem Kapital ist dann nur ein „Zufall", an welchem die Allgemeinheit nicht das geringste Interesse haben kann. Sodann ist daran zu erinnern, daß für die große Masse der Staatsbürger die ganze Frage überhaupt nicht existiert, sobald man, wie geplant ist, das kleine Kapital steuerfrei läßt. Daß aber ein Kapital von 20,000 Mark keine Nachlaßsteuer von 100 Mk. und ein solches von 200,000 Mark keine Nachlaßsteuer von 4000 Mark verträgt, ohne die Familie und den Familiensinn zu schädigen, wird man uns vergeblich einzureden versuchen. In dem ersteren Falle gehen 4 Mark, im letzteren 80 Mark jährliches Einkommen verloren."

Das ist zweifellos richtig, aber bei den Junkern hört bekanntlich, wo das Geldinteresse in Frage kommt, die Logik auf. Sie werden dem Herrn Harnack einfach erwidern, daß er von der Sache nichts versteht und sich deshalb lieber mit der Evangelienkritik oder der Gnosis beschäftigen solle, als mit der Steuerpolitik.

Ein neuer Klub von Arbeiterfreunden. Nach einem an zahlreiche Personen gesandten Rundschreiben sind Männer aus allen vier „liberalen" Fraktionen (freisinnige Volkspartei, freisinnige Vereinigung, süddeutsche Volkspartei, Nationalliberale) zusammengetreten, um „in Gemeinschaft mit führenden Personen aus der liberalen Arbeiterbewegung" eine Zentralstelle für liberale Sozialpolitik zu begründen. Wes Geistes Kind diese Zentralstelle sein wird, lehren die Namen der Unterzeichner, zu denen zum Beispiel gehören: Dr. Pachnicke (!), Dr. Mugdan (!) und Goldschmidt. Zur Unterstützung dieser Zentralstelle hat man sich auch an Mitglieder der Demokratischen Vereinigung gewandt; von einem dieser Demokraten, der von Herrn Erkelenz dieserhalb ersucht wurde, ist eine Antwort ergangen, die der demokratische „Gemeinnützige" aus Hohentumburg wie folgt wiedergibt:

Geehrter Herr Erkelenz!

Auf das gefl. Schreiben vom 28. Dezember erwidere ich Ihnen höflichst, daß ich es ablehnen muß, mich in irgend einer Weise an der geplanten Zentralstelle zu beteiligen. Von den sämtlichen Unterzeichnern des Aufrufes flößen nur Sie und Herr Hartmann mir so viel Vertrauen ein, daß ich allenfalls mit Ihnen beiden zusammen operieren möchte, alle übrigen geben mir die Gewähr, daß das, was geboten wird, nicht Fisch noch Fleisch ist, sondern höchstens Wassersuppe mit einigen Margarineaugen. Je eher der Blockliberalismus jeden Boden in der Arbeiterschaft verliert, desto besser für diese und damit für das deutsche Volk. Ich stelle Ihnen anheim, von dieser meiner Antwort jeden Ihnen beliebigen Gebrauch zu machen.

Selbst die „Berliner Volkszeitung" bemerkt dazu: Pachnicke, Mugdan und sonstige Blockgenossen, überdies in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen, als Sozialpolitiker, die eine arbeiterfreundliche Politik machen wollen — die Blockpolitik fängt nachgerade an, komisch zu werden.

Straßendemonstrationen in Berlin. Eine bürgerliche Preßkorrespondenz, die vermutlich aus Polizeiquelle gespeist wird, behauptet, es seien für die nächsten Tage weitere Straßendemonstrationen geplant gewesen, aber die Leitung der Berliner Partei habe die Absicht aufgegeben, weil mit den Demonstrationen am Sonntag und Montag Fiasko gemacht worden sei. Wir können mitteilen, daß die Nachricht vollständig unrichtig ist. Es haben keinerlei Pläne auf Fortsetzung der Demonstrationen in diesen Tagen bestanden.

Die Schen vor der Oeffentlichkeit. Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Freiburg hatte sich der Leutnant v. Bernhardi vom Infanterie-Regiment 84 wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Wie immer, wenn ein Offizier angeklagt ist, wurde auch dieses Mal die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der früher zur Schutztruppe gehörende Angeklagte wurde zu acht Tagen Stubenarrest verurteilt. — Daran wird er wahrscheinlich nicht sterben.

Für Einbeziehung des Handwerks in die Arbeiterkammern sprach sich der Düsseldorfer Handwerkskammer aus. Die Kammer hält die Einbeziehung des Handwerks unbedingt geboten, weil im anderen Falle die Streitfälle, ob ein Betrieb zum Handwerk oder zu den Fabrikbetrieben zu zählen sei, sich noch mehr als bisher häufen werden. Auch würden durch eine Trennung den Organisationen des Handwerks die leistungsfähigsten Betriebe entzogen werden. Endlich läge es auch im Interesse der Arbeiter des Handwerks, in die Arbeitskammern einbezogen zu werden.

Kolonial-Segen. Die Kurstreiberei in Ostafrika-Bahn-Aktien nahm auch heute an der Berliner Börse ihren Fortgang. Die Anteile steigerten sich im Kurse von 200 bis 208 Prozent. Als Grund hierfür kommen Gerüchte in Betracht, wonach die Regierung beabsichtigt, die dieser Gesellschaft gehörende Bahn anzukaufen gegen Rückzahlung des Aktienkapitals. — Dadurch würden der Gesellschaft die in ihrem Besitz befindlichen wertvollen Kupfererzminen sowie größere Ländereien bleiben.

Konservative, die sozialdemokratisch wählen! Unter dieser Spitzmarke tritt die „Nationalzeitung" den Beweis dafür an, daß bei der Landtagsstichwahl in Lippe die konservativen Wähler zum größten Teil sozialdemokratisch gewählt haben. Zwar sei in einem parteioffiziösen Rundschreiben zur Wahl des liberalen Kandidaten aufgefordert worden, das Rundschreiben sei aber weder in der Presse abgedruckt, noch in konservativen Versammlungen verlesen worden. — Wir nehmen davon Notiz, weil in der konservativen Presse bestritten worden war, daß konservative Wähler sozialdemokratisch gewählt haben.

Das Diamantengesetz. Der Reichsanzeiger veröffentlicht die zweckfördernde kaiserliche Verordnung betr. den Handel mit südwestafrikanischen Diamanten. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung wird noch bestimmt.

Die Beschwerde des Lehrers Behl in Würzburg gegen den von der Kreisregierung ausgesprochenen strengen Verweis mit gleichzeitiger Androhung der Versetzung und eventueller Entlassung ist durch Entschließung des Kultusministeriums vom 21. d. M. abschlägig beschieden worden.

Beleidigte Christen. Wegen Beleidigung des Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftskartells wurde Genosse Ostkamp, Redakteur der Dortmunder Arbeiter-Zeitung, in der Berufungsinstanz zu 150 Mark Strafe verurteilt. Genosse Ostkamp wird Revision einlegen.

Eine Irreführung der Presse. Von einem großen Anarchistenprozeß, der die ersten Tage vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts sich abspielen sollte, lief dieser Tage eine Notiz durch die Presse, welche auch bei uns zum Abdruck gelangte. Die drei Angeklagten sollten angeblich auf eine besonders nichtswürdige Weise versucht haben, die Mannschaften der deutschen Kriegsschiffe zu ihren anarchistischen Theorien zu bekehren, indem sie ihnen eine mit schwarz-weiß-rotem Umschlag und irreführendem Aufdruck versehene Broschüre antimilitaristischen Inhalts ausständig ein. Die ganze Geschichte ist von A bis Z erfunden. Sie verdankt ihre Entstehung einem übereifrigen Schmock, der aus einem am Dienstag verhandelten Landesverratsprozeß — der noch dazu mit Freisprechung endete — eine große Staatsaktion gegen den „Anarchisten" machte.

Ausland.

Der 22. Januar in Petersburg. Die bürgerliche Presse registriert mit Befriedigung, daß der vierte Jahrestag des Blutsonntags in Petersburg, der Jahrestag der russischen Revolution, „vollkommen ruhig" verlaufen ist. Die Fabriken und Werke arbeiteten, die Straßen zeigten ihr alltägliches Gepräge — nichts wies darauf hin, daß das Petersburger Proletariat an diesem Tage seine Bilanz im Kampfe mit dem Zarismus empfangen hatte.

Die heilige Allianz des Polizeiübels und des Kapitals hatte dafür gesorgt, daß jede Feier dieses Tages unterblieb. An allen Fabriken waren verstärkte Polizeimannschaften postiert. Der Verein der Petersburger Fabrikanten hatte vorausgeschrieben, daß alle feiernden Fabriken unverzüglich geschlossen und die Arbeiter entlassen würden. Auf den Newski-Schiffsbauwerften hatten die Arbeiter am vorhergehenden Tage beschlossen, von 12 Uhr ab zu feiern. Am folgenden Tage erklärte die Administration, daß sie den Betrieb unverzüglich schließen und sämtliche Arbeiter entlassen würde, wenn diese an ihrem Beschluß festhalten würden. Der Beschluß wurde infolgedessen dahin abgeändert, daß Sammlungen zugunsten der Arbeitslosen veranstaltet wurden. Aehnliche Beschlüsse wurden gefaßt auf den Putilow-Werken, auf der Petersburger Metallfabrik und anderen. In einigen Fabriken fanden Versammlungen statt. Nur einige kleinere Betriebe feierten.

* * *

Fortsetzung der nationalen Demonstrationen. Aus Eger wird gemeldet: Die seit einiger Zeit stattfindenden Demonstrationen führten am Mittwoch zu schweren Zusammenstößen mit Gendarmerie. Etwa 5000 Personen zogen gegen Abend durch die Bahnhofstraße, wo das Haus eines Tschechen bombardiert wurde. Von dort wollte die Menge auf den Marktplatz gelangen, doch stand hier Gendarmerie, die mit aufgepflanztem Bajonett die Straße absperrte. Die Demonstranten bewarfen die Gendarmerie mit Steinen und Flaschen gegen sie vor, worauf der kommandierende Wachtmeister das Signal zum Sturmangriff geben ließ. Ein Teil der Volksmenge flüchtete panikartig, die anderen widersetzten sich. Es kam zu einem Handgemenge. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet. Es spielten sich sehr erregte Szenen ab. Die Gendarmerie war bereit, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen, doch verhinderte das Dazwischentreten von Beamten diesen äußersten Schritt.

* * *

Bulgarien und die Türkei. Auf das türkische Anerbieten, die Regierung werde gegen eine territoriale Kompensation von ihrer Geldforderung an Bulgarien heruntergehen, antwortete der bulgarische Ministerpräsident Malinow, daß Bulgarien in keinerlei Verhandlungen mit der Türkei eintreten könne, solange der Gedanke einer Grenzrektifikation bei der Türkei vorherrsche.

Bei dem Empfang einiger Vertreter der Großmächte fuhr der türkische Großwesir fort, die bulgarischen Rüstungen mit größter Ruhe zu beurteilen. Kiamil Pascha versicherte bestimmt, daß Bulgarien von der Türkei keinerlei Angriff zu befürchten habe und die Pforte bestrebt sei, um sich endlich den inneren Angelegenheiten widmen zu können, die äußeren Hemmungen möglichst zu beseitigen. Doch dürfte die Pforte in Permanenz Beunruhigungen Bulgariens gegenüber nicht untätig verharren und will sich gegen jede Ueberraschung sichern. In politischen Kreisen wird in den Vorgängen an der Grenze und der Ueberbietung in militärischen Maßregeln trotz der Friedensliebe der Regierung eine permanente Kriegsgefahr erblickt.

* * *

Aus Abessinien berichten Pariser Blätter, daß der Zustand des Negus Menelik hoffnungslos sei. Die Königin Taitu habe seit einigen Tagen die Leitung der Regierungsgeschäfte übernommen. Für den Fall des Todes Meneliks befürchte man, namentlich für Adis Abeba, den Ausbruch ernster Unruhen, die für die dort befindlichen Europäer gefährlich werden könnten.

Partei-Angelegenheiten.

Das Befinden Vollmars. Die Presse durchläuft von neuem die Meldung, daß Genosse Vollmar so schwer erkrankt sei, daß an eine Wiederaufnahme seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht zu denken sei. Man stehe noch vor Ablauf dieser Parlamentsperiode vor Neuwahlen in seinem Reichstags- und Landtagswahlkreise. Wir verweisen gegenüber dieser unrichtigen Nachricht nunmehr darauf, daß die „Münchener Post" sofort die erste derartige Meldung nachdrücklich dementiert, und mit der Meldung beantwortet, daß Genosse Vollmar bereits spätestens im März seine parlamentarische Tätigkeit wieder aufnehmen werde.

Noch ein Nachspiel zum Dresdener Wahlkontrakt. Der Genosse Redakteur Düwell war heute vor den Untersuchungsrichter geladen. Er soll sich gegen den § 19 des Reichsvereinsgesetzes, und sogar gegen die §§ 115 und 125 des Reichsstrafgesetzbuchs vergangen haben; diese letztgenannten beiden Paragraphen beschäftigen sich mit Landfriedensbruch ꝛc.

Von der russischen Parteipresse. In nächster Zukunft wird das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands „Sozialdemokrat", dessen erste Nummer im März vorigen Jahres in Petersburg erschien, im Auslande herausgegeben werden.

Arbeiterbewegung.

Der Kölner Aerztestreik ist nunmehr durch den deutschen Aerztevereinsbund offiziell verkündet worden. Die im sogenannten „Leipziger Verbande" vereinigten Aerzte in Köln und Vororten, in Kalk, Mülheim a. R. und Rodenkirchen, sowie den Landkreisen Köln und Mülheim a. R. machen bekannt, daß sie die Krankenkassenmitglieder und deren Familienangehörige nur noch bis zum 31. Januar behandeln werden; ausgenommen sind die Mitglieder derjenigen Krankenkassen, die die freie Arztwahl beibehalten haben. Die Bekanntmachung sagt ausdrücklich:

„Eine Behandlung der Krankenkassenmitglieder und deren Familienangehörige, d. h. aller Angehörigen von Familien, gleichgültig, ob Familien-Versicherung besteht oder nicht, findet vom 1. Februar 1909 unter keinen Umständen, auch nicht gegen Bezahlung, statt."

Also kompletter Generalstreik! Sogar die nichtversicherten Familienmitglieder der Kassenmitglieder sollen unter keinen Umständen behandelt werden. Der Schaden wird nicht groß werden, die Krankenkassen sind mit ärztlicher Hilfe reichlich versehen. Sie verfügen über mehr Aerzte, als von der Aufsichtsbehörde verlangt werden.

Unternehmerskrupellosigkeit. Der „Vogtländische Anzeiger" in Plauen bringt einen Bericht über eine Versammlung des Fabrikantenvereins der Vogtländischen Spitzenindustrie. In dieser Versammlung hat der Gewerberichter Mette — gleichzeitig Geschäftsführer des Fabrikantenbundes — folgende Ausführungen zu der Gewerbeordnungsnovelle von 1908 betr. das Verbot der Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in den Fabriken gemacht:

„Was den praktischen Wert der Vorschriften anlangt, so lassen sich diese mit Leichtigkeit umgehen, indem die Arbeiterinnen sich Arbeit durch dritte Hände holen ließen und alles bleibe beim alten."

Die Krise. Neben dem soeben erschienenen Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Köln haben die Kölner Zwangskrankenkassen am 1. Januar 4165 Mitglieder weniger als am gleichen Tage des vorigen Jahres, das doch auch schon im Zeichen des Niederganges stand. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 244 pro 100 offene Stellen auf 312. Die Zahl der bei dem Arbeitsnachweise vermittelten Stellen sank von 36 pro Hundert auf 29. Die Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte ist jedoch höher als zur selben Zeit der beiden Vorjahre.

Welt und Leben.

Verurteilung nach einer Verordnung vom Jahre 1681. Der „Phrenologe" Gustav Vogt aus Hasserode, der seit einiger Zeit in Schwerin in Mecklenburg seine Wahrsagekunst ausübte und großen Zulauf von denen hatte, die nicht alle werden, wurde vom dortigen Stadtpolizeiamt wegen Uebertretung des § 360 Absatz 2 Reichsstrafgesetzbuch und auf Grund der Verordnung vom 28. Januar 1681 in eine Geldstrafe von 50 Mk. genommen. Die mehrere Jahrhunderte alte Verfügung handelt von der Bestrafung gotteslästerlicher, abergläubischer und unzüchtiger Dinge. Der Herr Phrenologe hat es aber nach vollstreckbar gewordener Strafverfügung vorgezogen, sein Arbeitsfeld [illegible] nach einem anderen Orte zu verlegen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Januar.

Hochwassergefahr und Hochwasserschutz.

Ueber dieses wichtige Problem für die Bewohner der Stadt Breslau hielt gestern in der Stadtverordneten-Versammlung Herr Dr. Riemann einen überaus informierenden Vortrag, der das schwierige Problem dem Verständnis der Laien in sehr erwünschter Weise näher brachte. Gelegenheit dazu gaben ihm die vom Magistrat gegen das staatliche Schutzprojekt erhobenen Einwendungen, welche der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme überreicht wurden. Aus den ausführlichen Mitteilungen des Referenten können wir leider nur einen kurzen Auszug hier wiedergeben.

Für das Projekt der Staatsregierung trägt diese nicht allein die Kosten, sondern werden die interessierten Kommunen und Landgemeinden mit herangezogen. Für Breslau liegt nun die Sache ganz besonders geartet. In den letzten Dezennien waren die Hochwasserschäden nicht sonderlich hoch. Die Hochwasser von 1854 und 1903 seien die einzigen gewesen, die wirklich bedeutenden Schaden angerichtet haben, letzteres wohl 1½ Millionen Mark. Weil also die allgemeinen Hochwasser keine so großen Gefahren mit sich brachten, sei die Frage gestellt worden, ob Projekte von dem Umfange des staatlichen überhaupt nötig seien. Demgegenüber aber müsse er betonen, daß die Dinge doch nicht so günstig liegen. Jetzt sind zwar Dämme vorhanden, die das der Stadt vorgelagerte Terrain schützen. Dadurch wird aber auf der anderen Seite bewirkt, daß das Wasser des Flußbettes in größerer Höhe und Druck durch die Stadt geführt würde. Schon 1903 war die daher kommende Gefahr sehr groß. Nur durch einzelne Dammbrüche oberhalb der Stadt wurde die Gefahr im Inneren Breslaus beseitigt. Hinzu kommt noch, daß durch Gesetz vom Juni 1900 beschlossen worden ist, die Flüsse, die auf der linken Seite in die Oder fließen, zu regulieren, dadurch ist aber erreicht worden, daß sich die Oder viel rascher mit neuem Wasser füllen kann wie vordem. All diese Momente sind für die Ueberschwemmungsgefahr in Breslau sehr wichtig. Man müsse darauf hinweisen, um das Publikum in größerem Maße zu interessieren. Eine umfangreiche Sicherung muß hier bald angestrebt werden.

Das Regierungsprojekt geht dahin, Vorsichtsmaßregeln im Hinblick auf ein großes Hochwasser zu treffen; bei dem gewöhnlichen Hochwasser genügt der jetzige Abfluß durch den Hauptoderarm. Die prinzipiellen Bedenken des Magistrats richten sich gegen zweierlei. Einmal sieht man in dem Projekt nicht genügende Maßregeln gegen die Eisgefahr, und weiter sei nicht zu erkennen, ob die Sperrmaßregeln in allen Fällen durchgeführt werden können und sollen. Andere Bedenken bieten die Kosten in Höhe von 8½ Millionen Mark, zu denen die Stadt mindestens 3 Millionen beitragen muß. In dieser Summe sind aber noch nicht enthalten die Kosten für Grunderwerb und zu zahlende Entschädigungen an Grundbesitzer. Bis jetzt liegen im ganzen 114 derartige Einsprüche vor. Namentlich glauben sich die Anwohner der Weide geschädigt, deren Grund und Boden durch die neue Regulierung versumpft und darum minderwertig wird. — Das Schwarzwasserprojekt der Stadt schien auch ihm früher billiger, weil es das natürliche Ventil, das frühere Oderbett, offen hält. Die Regierungsvertreter bestreiten dies aber und halten dieses städtische Projekt für durchaus nicht so brauchbar wie das ihre. Der Magistrat hat nun all die Einwände dem Kollegium zur Kenntnis unterbreitet. Eine Entscheidung kann allerdings die Stadtverordneten-Versammlung nicht treffen, da die Regierung ihr Projekt zur Durchführung bringen wird. Trotzdem halte er, der Referent, es aber doch für nötig, all die Bedenken im Ausschuß noch einmal gründlich durchzuberaten, weil das im Interesse der Steuerzahler, die die Lasten des Projekts zu fühlen bekommen, liegt. (Beifall.)

Nach kurzen Erwiderungen des Oberbürgermeisters Bender und des Stadtbaurats von Scholz wird die ganze Materie an die Ausschüsse II und V verwiesen.

* * *

Von einigen kleineren Vorlagen, die ohne Debatte erledigt wurden, ist noch hervorzuheben die Annahme eines Vermächtnisses der Eheleute Timmler in Höhe von 261.860 Mark. Das Geld bezw. die Zinsen sollen zur Unterhaltung eines Kinderhospitals verwandt werden.

* * *

Bei der Wahl eines Beisitzers zum Vorstande schlug die Rechte wieder Herrn Ratsch vor, die Linke Herrn Dr. Richter. Da sich die beiden großen Parteien ziemlich glatt schieden, erhielt Richter 54, Ratsch 34 Stimmen und der konservative Beisitzer war damit herausgewählt.

Die Wahlen aller übrigen im November gewählten Stadtverordneten, darunter die der vier Sozialdemokraten, wurden für gültig erklärt.

---

* **Die nächste Volks-Vorstellung des Sozialdemokratischen Vereins** wird uns Schillers Meisterwerk „Wilhelm Tell" in der trefflichen Besetzung des Stadttheaters bringen. Die erste Aufführung ist am 7., die zweite am 14. Februar. Die Nachfrage nach Karten zu „Maria Stuart" war nach zweimaliger Aufführung nicht groß genug, um eine dritte Aufführung zu ermöglichen. Diejenigen jedoch, die für „Maria Stuart" Billets bestellt haben, erhalten nun, wenn sie nichts anderes melden, solche für „Wilhelm Tell".

Billets sind vom Dienstag ab in der Expedition zu haben.

* **Neues politisches Regen in der Studentenwelt.** Der „Freibund Breslau", eine jüngst gegründete Vereinigung von Akademikern zur Förderung liberaler Weltanschauung hielt kürzlich seine erste Mitgliederversammlung ab, in der die Satzungen festgesetzt wurden. Der Vorstand schreibt uns darüber: „Ordentliches Mitglied wird jeder Akademiker deutscher Zunge ohne Unterschied des Geschlechts, Berufs usw. Nichtakademiker können als außerordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender stud. med. R. R. Wegner (Breslau XIII, Kaiser Wilhelmstraße 109); 2. Vorsitzender stud. jur. et cam. F. Reichsgraf von Maybauß-Cormons; 1. Schriftführer stud. jur. et cam. H. G. Menzel; 2. Schriftführer Fräulein stud. phil. Ch. Conrad; Kassenwart Ingenieur E. Suchan. Orientierende Broschüren und die Satzungen können durch die Geschäftsstelle Breslau XIII, Opitzstraße 10, bezogen werden. Der „akademische Freibund" wird in nächster Zeit eine Reihe von öffentlichen Versammlungen einberufen, in der Politiker sprechen werden. Der „Freibund" ist der erste politische Studentenverein in Breslau und macht es sich zur Aufgabe, das Interesse für Politik in studentischen Kreisen zu fördern, ohne jedoch irgend welche Parteipolitik zu treiben." — Das letztere ist ja auch überflüssig. Es ist schon ein erfreulicher Fortschritt, daß die Studenten den wichtigen Fragen unserer Zeit nicht mehr gleichgültig gegenüberstehen wollen. Sie werden in diesem Bestreben viel Kämpfe zu bestehen, große Widerstände zu überwinden, viel Rückständigkeit beiseite zu werfen haben. Aber sie finden in uns für ihren Kampf um die Freiheit einen stets hilfsbereiten Bundesgenossen.

* **Die Streber und Postenhascher im Landwirtschaftlichen Verein** verursachten in der letzten Jahresversammlung eine turbulente Szene. Weil ein paar „bestimmte Persönlichkeiten" bei der Vorstandswahl keine Pöstchen erhalten hatten, machte man einen derartigen Krach, daß der Oberpräsident Graf von Seditz-Trützschler (der mit diesen Leuten innig verschwägert und politisch verwandt ist) schleunigst das Lokal verließ. Da die „ernsten Mißhelligkeiten" und das „Mißtrauen gegen den Vorstand" nicht zu überwinden waren, wurde die Vorstandswahl vertagt.

* **Achtung, Erlen- und Sitzmöbeltischler!** Sonntag, den 31. Januar, findet in der Saalmitte des Gewerkschaftshauses, Vormittags Punkt 11 Uhr, eine wichtige Versammlung statt.

* **Die Verhaftung eines Marineleutnants d. R. wegen Vergehens gegen § 175** erregt seit gestern ziemliches Aufsehen in der Stadt. Auf Grund eingehender Erkundigungen sind wir in der Lage, darüber folgendes mitzuteilen:

Es handelt sich um einen Marineleutnant der Reserve, der stets in Zivilkleidern ging und schließlich dadurch auffiel, daß er viel mit einem Soldaten des 51. Infanterie-Regiments verkehrte. Diesem Soldaten gab er reichliche Geldmittel, sodaß auch das einigen Personen verdächtig vorkam. Sie beobachteten nun den Soldaten und stellten fest, daß er öfters in die Mietwohnung des Leutnants, Tauentzienstraße 23 (Hotel „Viktoria") ging. Das geschah auch wieder am 27. Januar, als die Soldaten wegen der Kaisersgeburtstagsfeier keinen Dienst hatten. Der Leutnant nahm den Soldaten mit herauf, traktierte ihn mit berauschenden Getränken so sehr, daß der Soldat nach einiger Zeit nicht nur total betrunken, sondern direkt bewußtlos war!

Wahrscheinlich hat der Leutnant dem armen Opfer seiner normalwidrigen Neigungen irgend ein Pulver in die Getränke getan, denn die Bewußtlosigkeit dauerte länger an, als der gewaltigste Rausch, nämlich zwei volle Tage. Das veranlaßte nunmehr die Wirtsleute, die Polizei zu benachrichtigen, die denn auch nach kurzer Zeit den Leutnant verhaftete. Der Soldat dagegen mußte ins Krankenhaus (oder ins Militärlazareth?) transportiert werden, weil für ihn die krankhaften Bedürfnisse seines Gönners von schweren gesundheitlichen Schäden begleitet waren. Den Namen des verhafteten Leutnants erfährt man einstweilen nicht, da sich alle beteiligten Faktoren die größte Mühe geben, die Sache möglichst geheim zu halten.

* **Unglücksfall.** Am Donnerstag Nachmittag, als die Mädchen der 33. Volksschule, Anderssenstraße in der Turnhalle vor Beginn des Turnunterrichts spielten, fiel die 14jährige Tochter Paula des Arbeiters Ludwig so unglücklich hin, daß sie sich ein Bein dabei brach. Die Verunglückte wurde sofort nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft.

† **Sittlichkeitsverbrechen.** Am 22. d. Mts. wurde ein Dienstmädchen auf der Ernststraße von einem etwa 30jährigen Manne mit kleinem dunklen Schnurrbart bis in das Haus verfolgt und dort in unsittlicher Weise belästigt. Der mit braunen Hosen, dunklem Ueberzieher und steifem schwarzen Filzhut bekleidete Unbekannte hatte am 13. d. Mts. in demselben Hause ein 18jähriges Mädchen in derselben schamlosen Weise belästigt. Angaben zur Ermittelung des Täters werden nach Zimmer 11 des Polizei-Präsidiums erbeten.

† **Der Laufbursche Josef,** der, wie gemeldet, von Hannover aus, an den um 200 Mk. geschädigten Bäckermeister von der Posenerstraße eine Postkarte gerichtet hat, ist am 24. d. Mts. in Hamburg auf dem Bahnhof festgenommen worden. Man fand von den unterschlagenen über 200 Mk. nur noch 2,90 Mk. bei ihm vor, aber auch einen Postschein, laut dessen er von Hannover aus 155 Mk. an den Bäckermeister zurückgesandt hat. Er ist von Breslau entweichend über Berlin nach Hamburg und von dort nach Hannover gefahren; hier hat ihn die Reue gepackt und er hat das übrige Geld wieder zurückgeschickt und dem Meister auf der Postkarte versprochen, auch den Rest zurückzuerstatten.

† **Vermißt** werden seit dem 8. d. Mts. der 15jährige Schlosserlehrling Karl Trisgel, Herzogstraße 15, und seit dem 25. d. Mts. der 56jährige Haushälter Ernst Scheel, Ernststraße 9.

† **Eine flammende Weihnachtsfeier.** Uferstraße 39 war am 28. d. M. Abends nach 10 Uhr in einer Familienwohnung dadurch Feuer entstanden, daß man den noch immer aufbewahrten Christbaum nochmals angezündet hatte und dabei die Fenstergardine in Brand geraten war. Beim Versuche, das Feuer zu ersticken, verbrannte sich eine Tochter der Familie die Arme und den Kopf, so daß die Feuerwehrmannschaften einen Verband anlegen mußten und die Beschädigte sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

† **Schlafstellendieb.** Ein etwa 25 Jahre alter, kleiner schwächlicher Mann, dunkelblond, mit braunem Jackettanzug, schwarzem Ueberzieher und schwarzem Hut hat am 26. d. M. bei einem Schmied auf der Marga einst aße eine Schlafstelle gemietet und ist noch am selben Abend unter Entwendung eines Geigenkastens mit Geige und zwei Bogen, gez. Constantino Cuchiaro, Februar 1853, Wert 60 Mk., verschwunden.

† **Zwei Einbrecher gefaßt.** In der Nacht zum 28. d. M. fand ein Bäckermeister vom Ritterplatz bei seiner Heimkehr in seinem Geschäftsladen zwei Einbrecher in voller Tätigkeit. Sie hatten die Marmorplatte des Ladentisches abgehoben, um zur Ladenkasse zu gelangen. Der Bäckermeister hielt sie fest, bis ein Schutzmann herbeigerufen war. Es wurde festgestellt, daß man es hier mit einem Bäckergesellen von hier und einem aus Hildesheim zugereisten Arbeiter zu tun hatte. Bei beiden wurden eine Menge Dietriche vorgefunden.

† **Der Münzenschwindler,** der, wie gemeldet, am 27. dieses Monats auf der Tauentzienstraße in verschiedenen dortigen Geschäften wertlose Münzen in Zahlung gegeben hat und nach Ertappung geflüchtet ist, soll seine Betrügerei in einer ganzen Reihe von Zigarrengeschäften auch auf anderen Straßen ausgeführt haben. Die Geschädigten werden ersucht, sich unter Vorlegung der falschen Münzen im Zimmer 39 des Polizeipräsidiums zu melden.

† **Gefunden** wurden ein weißes Handtäschchen und mehrere Portemonnaies mit Inhalt, eine Straßenbahn-Abonnementskarte, ein Sparkassenbuch, mehrere Schlüsselbunde, ein buntseidener Theaterschal, eine Taschenuhr mit Kapsel und Kette, ein goldener Ring, ein Paar Schlittschuhe, eine goldene Brille und eine goldene Krawattennadel.

Breslauer Schauspielhaus.

Auf der Suche nach einer neuen „Adele" war man jetzt nach Magdeburg gekommen und hatte vom dortigen Wilhelma-Theater Fräulein Ella Wagner nach hier gebeten, die sich Mittwoch Nachmittag in der obengenannten Rolle des Strauß'schen Meisterwerkes „Fledermaus" dem Breslauer Publikum vorstellte. Es muß gleich vorausgesagt werden, daß Fräulein Wagner als ernsthafteste Bewerberin um den vakanten Posten bezeichnet werden muß, ein Urteil, das von dem leider nicht sehr zahlreich erschienenen Publikum nach Kräften bestätigt wurde. Die Gästin verfügt über einen kräftigen Sopran von beachtenswertem Umfange, die Behandlung der Koloratur ist zwar zurzeit noch eine etwas zu kompakte, doch dürfte es der Künstlerin nicht schwer werden, hierin Wandel zu schaffen. Im übrigen aber ist die Stimme famos vorgebildet, von sehr sympathischem Timbre und ausreichend modulationsfähig. Auch das Spiel der Gästin ist liebenswürdig und durchaus brauchbar, wenngleich der Dialog, wie es bei dem ihr gegenüber fremden Ensemble immerhin entschuldbar ist, mancherlei zu wünschen übrig ließ. Fräulein Ella Wagner ähnelt in Bezug auf Stimme und Gestalt sehr stark dem früheren geschätzten Mitgliede des Stadttheaters, Fräulein Saccur, ein Vergleich, der nur zu ihren Gunsten spricht. Der warme Beifall, der der Künstlerin zuteil wurde, dürfte die Direktion nicht zuletzt belehren, daß sie mit dem Engagement Fräulein Wagners keinen schlechten Griff tun würde.

l. b.

Neueste Nachrichten.

Der schwankende Kanzlersitz.

Frankfurt a. M., 29. Januar. (H. T.-B.) Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" hält die Ansicht für falsch, daß Bülow auch ohne Block, das heißt angewiesen auf die Hilfe des Zentrums, eine nennenswerte Zeit im Amte bleiben könnte. Er vermutet, daß er dies nicht tun würde und ist davon überzeugt, daß er dies nicht können würde. Diese Möglichkeit sei nur zu dem Zwecke hingestellt, um auf Durchbringung der Reichsfinanzreform das Zentrum mit Gewalt auf die Linke zu drücken. Es ist dies eine Konstellation, mit der manche Politiker angesichts des Ganges der Beratung in der Finanzkommission rechnen. Wenn es auch innerhalb der Konservativen und zwar der acht agrarischen Konservativen Abgeordnete gibt, die die Nachlaßsteuer für die vortrefflichste Form einer Vermögensbesteuerung halten, so wagen sie sich doch nicht energisch genug hervor, weil sie unter dem agrarischen Drucke stehen. So stehen die Aussichten für die Nachlaßsteuer sehr schlecht, hierin liegt die große Schwierigkeit für den Reichskanzler. Des weiteren ist es richtig, daß sein Verbleiben im Amte davon abhängt, ob und wie lange sich der Reichskanzler des Vertrauens des Kaisers erfreut. Zurzeit hat er es noch.

Demonstrationen.

Altona, 29. Januar. (H. T.-B.) Nach Schluß von drei sozialdemokratischen Protestversammlungen gegen das preußische Landtagswahlrecht fanden Demonstrationen statt, an denen mehr als 5000 Menschen teilnahmen. Das Vorhaben der Volksmenge, vor das Rathaus zu gelangen, wurde von einem starken Polizeiaufgebot verhindert. Zu Zusammenstößen kam es nicht.

Der Schauplatz der Straßenschlachten.

Prag, 29. Januar. (H. T.-B.) Der Aufruf des Stadtrates in Eger, das Standrecht bei etwaigen Unruhen sofort zu verhängen, hat jede weitere Gefahr beseitigt. Es haben keine weiteren Demonstrationen stattgefunden. Auf dem Marktplatze sammelten sich 3000 Menschen an. Vor dem Kaiser Joseph-Denkmal hielt ein Landtagsabgeordneter eine Ansprache an die Menge, in der er sie bat, ruhig nach Hause zu gehen. Man habe erreicht, was man habe erreichen wollen, das Hotel „Deutscher Hof" werde nicht in tschechische Hände übergehen. Auch der gesamte Stadtrat war erschienen und wirkte überall beruhigend auf die Menge ein. Gendarmerie stand in Bereitschaft, brauchte aber nicht in Tätigkeit zu treten. Um 9 Uhr war die Stadt wie ausgestorben. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Kindesmord.

Dresden, 29. Januar. (H. T.-B.) Das Dienstmädchen Frieda Helm wurde von den Geschworenen wegen Kindesmordes zum Tode verurteilt. Gegenüber der Mitangeklagten, dem Dienstmädchen Berthe, wurde wegen Mithilfe auf 8 Jahre Gefängnis erkannt.

Auf einer Eisscholle abgetrieben.

Rotterdam, 29. Januar. (H. T.-B.) 80 Fischer aus Elburg, die auf zwei flott gewordenen Eisschollen auf der Zuidersee fischten und von der Strömung abgetrieben wurden, sind verschollen. Zwei Dampfer sind abgegangen, die Verschollenen zu suchen.

Persische Unruhen.

Teheran, 29. Januar. (H. T.-B.) Der Schah macht die äußersten Anstrengungen, die verlorene Autorität wieder zu erlangen. Nachdem dieser Tage bereits kleinere Truppenabteilungen nach Ispahan abgegangen sind, sollen heute drei Regimenter Infanterie, eine Abteilung Artillerie mit vier Geschützen abgehen. Hier erwartet man am 10. Masarem, das heißt dem wegen des Fanatismus berüchtigten Tage des Trauermonates Unruhen.

Aus der Petersburger Gesellschaft.

Petersburg, 29. Januar. Aus Verzweiflung über Betrügereien des Gatten, hat die Baronin Tresenhausen, die am russischen Kaiserhofe sehr angesehen war, Selbstmord begangen. Sie vergiftete sich im Winterpalais mit Sublimat. Sie war mit einem Palastbeamten verheiratet, der Unregelmäßigkeiten im Dienste begangen haben soll.

Berlin, 29. Januar. (H. T.-B.) Präsident Castro erklärte einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl." gegenüber, daß er nicht daran denke, die Wiedergewinnung seines Postens anzustreben. Sein Wunsch sei, ruhig und zurückgezogen zu leben. — Weil er muß!

Paris, 29. Januar. (H. T.-B.) Wie der „Matin" aus Mogador (Marokko) meldet, sind die Regierungstruppen seit siebzehn Tagen ohne Sold. Infolgedessen gärt es unter ihnen. Ernste Unruhen werden befürchtet. Der französische Konsul bemüht sich, Unruhen zu verhüten.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 30. Januar:

Böttcher. Großer Böttcher-Ball mit Reitentanz.

Modelltischler. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Sonnabend, den 30. Januar, Abends 7½ Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Wichtige Besprechung.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 13 (Bezirk Gräbschen). Dienstag, den 2. Februar, Abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Knypricz. Tagesordnung: 1. Vortrag vom Genossen Schütz. 2. Neuwahl des Distriktsführers. 3. Vereinsangelegenheiten. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Peisterwitz. Bauhilfsarbeiter. Sonntag, den 7. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale des Gastwirts Herrn Schnar: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum 10. Verbandstag. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbücher mitbringen.

Brieg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonnabend, den 30. Januar, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Brieg. Wahlverein. Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 4 Uhr, findet eine Bezirksversammlung des 1. Bezirks bei Hoffmann statt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schütz. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatta G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Tiefland".
Sonnabend:
„Wilhelm Tell".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Schneeweißchen und Rosenrot".
Abends 7½ Uhr:
„Tannhäuser".

Lobe-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Moral".
Sonnabend, 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Der tapfere Soldat".
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr:
„Der Rastelbinder".
Abends 7½ Uhr. Zum 2. Male:
„Der tapfere Soldat".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag:
Gruppe II 2. Vorstellung:
„Der Raub der Sabinerinnen".

Thalia-Theater.

Sonntag 7½ Uhr:
„Die versunkene Glocke".
Billetverkauf Sonnabend von 10—1 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Thalia-Theater.

Wohltätigkeits-Vorstellung.
Montag, den 1. Februar cr.
abends ½8 Uhr:
„Der Postillion von Lonjumeau".
(Rudolfe — Herr Siewert).
Dazu:
Ballett-Divertissement.
Billetverkauf Sonnabend von 10—2 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr:
„Grretchen".
Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr:
Volks-Vorstellung.
Kleine Preise!
„Nathan der Weise".
Abends 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".
Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
„Gespenster".
Abends 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".

Liebich's Etablissement.

Fédia de Férard
und das brillante
Januar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Zeltgarten.

Inh. R. Kesinski.
Letzte Woche:
Das grossartige Programm.

Palmengarten.

Inh. R. Kesinski.
Letzte Woche:
Baron Nickl
Dazu das
Mignon-Orchester.
Entree frei!

Viktoria-Theater.

Ringkampf
dazu das großartige
Januar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Ich kaufe gebr. Möbel
bei plötzlicher Fortreise, Todesfall, Umzug ganze Wohn-Einrricht. gen. sof. Zahlung. Bestellung, brieflich a. mündlich erbeten.
412 Wahler, Gartenstr. 36.

Gebr. billige Möbel
saub. Federbett., Bettbrett., Bettstell. zu verkaufen. Friedrichstraße 66. 412

Ein kluges Brautpaar
kauft Möbel direkt aus der Tischlerei Leuthenstraße 33 bei Hartsch. [66

Kalbfleisch	70—80	Pf.
Schmorfleisch	80	„
Suppenfleisch	70	„
Schweinefleisch	70—75	„
Gehackt. u. Zervelatwurst	80	Pf.

Gellhornstr. 51,
Markthalle I, Stand 20.

Massiv
goldene Trauringe
Tar 12, 15, 24, 30, 40 Mk.
Alfred Herzog,
Juwelier
8, Ohlauerstraße 8.

Eine jede kluge
Mutter
gebraucht nur
Spül-Spritzen
D. R. G. M. à 4, 6 u. 12 M.
v. d. Alleinverk. W. Schlegel
Breslau I, Nikolaistrasse 21.
Verletz. ausgeschl., sicher d. Beste Zahlr. Anerk. Bedien. Damensep. 1 Et. Hauseing. Diskr. Versand. Nachn.

Röst-Kaffee,

rein im Geschmack, à Pfund
78, 98, 110, 118, 130, 140—180 Pfg.

ff. weiß. Farin	à Pfd.	19	Pfg.
Weizenmehl 00	„ „	15	„
Cacao, rein	„ „	81	„
Neue Pflaumen	„ „	15	„
Neue, große Linsen	„ „	15	„
Erbsen und Bohnen	„ „	13	„
Backobst, gemischt	„ „	25	„
Blütenhonig-Syrup	„ „	25	„
Bl. Mohn Pfd. 25 Pfg., 10	„	2,30	Mk.

Benno Neumann
Zentrale: Friedrich-Wilhelmstr. 32.
Filiale I: Friedrich-Wilhelmstr. 81.
„ II: Goldene Radegasse 1.
„ III: Köpelnstr. 35.
„ IV: Berliner Chaussee 139.

Buchhandlung Volkswacht.
Der wahre Jakob, Witzblatt, wöchentlich . . . 0.10

I gut erh. Plüsch-Diwan, Spiegel mit Säulchen und 1 Küchen-Buffet ist preiswert zu verkaufen bei 417
Ehling, Katzbachstraße Nr. 11.

Flott tanzen 65
lehrt f. 3 Mk. jed. Sonntag nachm. v. 4 Uhr ab Walzer u. Rheinländer in 2 Stunden nur
Heilige Geiststraße 18, I.

Billig! Billig!
Rindfleisch von 70 Pfg. an
Kalbfleisch 70 und 75 Pfg.
Schweinefleisch 65—75 Pfg.
Gehacktes . . . . 80 Pfg.
Lohestr. 67/69. 407

Ziehung unwiderruflich am 4. und 5. Februar 1909.
Ich empfehle **Lose der 2. Schlesischen Lotterie à 1 Mk.**
5 Lose für 4.70 Mark, 11 Lose für 10 Mark. Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Hauptgewinne: 6000, 2000, 1000, 2×500 M. W. usw.
Die Gewinne werden auf Wunsch mit 90% bar zurückgekauft. 341
General-Debit: **B. Klement, Breslau I, Ring 22**
geradeüber vom Schweidnitzer Keller, Spezial-Lotterie-, Bankgeschäft und Münzenhandlung.

Erbauungshalle der Freien Religions-Gemeinde,

Grünstraße Nr. 14/16.
Sonntag, den 31. Januar, abends 6 Uhr:
64. Stiftungs-Fest
der Freien Religions-Gemeinde Breslau und 100. Geburtstagsfeier Darwins.
Programm:
Chor. „Freunde, denkt ihr noch der Stunde?" 400
Begrüßungsgedicht, gesprochen von einem Kinde.
Arie aus Xerxes von Händel (Ombra mai fu) mit Orgelbegleitung, gesungen von Fräulein Scherejewsky.
„Prolog", gesprochen von Fräulein Salta.
Prometheus (von Goethe, komp. von Schubert), gesungen von Frl. Scherejewsky.
Festrede
von Herrn Prediger Tschirn.
Rezitation von Fräulein Salta:
a) „Friedensgebet" von R. Fischer. b) Aus Nietzsche Zarathustra. c) „Zu Sturmesnacht".
Gesang von Fräulein Scherejewsky:
a) „An die Musik" von Schubert. b) „Lenz" von Hildach.
Am Klavier: Herr Hugo Mark.
Entree: Im Vorverkauf 25 und 60 Pfennige. An der Kasse 30 „ 75 „

Vorsicht!!

(559) nur im zweiten Viertel vom Ringe
anf der Oder
straße 5 befinden sich unsere Geschäftsräume, in welchen wir nachstehende Waren, viel unmodern, fehlerhaft, verstaubt oder sonstwie im Preise zurückgesetzt, zum Verkauf bringen.

1 Scheuerbürsten	10 Pf.		1 Schubker	18, 22	Pf.
1 Waschbürsten	5 „	zurückgesetzte Artikel	1 Kehrbesen	30, 35	„
1 Schuh-Klammern	20 „		1 Waschleine	5, 16	„
3 Kittelklammern	10 „		1 Handfeger	24, 30	„
6 Taschenbürsten	5 „		1 Teppichfeger	22, 28	„
1 Kopfbürste	8 „		2 Topfbürsten	15	„
1 Nagel mit Polierung	5 „		1 Kleiderbürste	18, 35	„
1 Kopfkratzer	18 „		1 Fußmatte	20, 35	„
1 doppelseitiger Nagelbürste	10 „		1 Reibeisen	48, 85	„

3 Stück Scheuertücher
zusammen 25, 35, 50, 65, 80 Pf.
London & Co., zweites Viertel vom Ringe in der Oderstraße 5.

Reellste und billigste Bezugsquelle für
Musik-Werke
jeder Art und Größe.
Reichhaltiges Lager an
Schallplatten neuester Schlager.
Bequemste Teilzahlungsbedingungen ohne Preiserhöhung.
Reparaturen aller Instrumente werden schnell u. billig ausgeführt.
Gebrauchte Instrumente bereitwilligst umgetauscht.
Abgespielte, auch zerbrochene Platten in Zahlung genommen.
Musikhaus Albert Jeske,
Breslau,
Friedr.-Wilhelmstr. 91.
Telephon 7209.
415

Böhm's Wild- u. Geflügel-Handlungen
Letzte Hasen! empfehlen täglich: Letzte Hasen!
Frisches Hirschfleisch, Pfd. von 30 und 50 Pf. an, Rehrücken und -Keulen, auch halbe, feinste Fasanen. Großer Ausschnitt von Gänsen und Hasen jeden Sonnabend von 3—9 Uhr. Hasenlebern und Schwarzhasen billigst. 192
Tel. 9217. Berliner Chaussee 115, Hauptgeschäft: Gartenstraße 83.

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste 40
Schuhwerk
sowie die denkbar größte Auswahl in Kinderschuhen, Filz-, Gummi- und Holzschuhen zu streng reellen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

Der Verkauf
aus der
Gebr. Schirmer'schen
Konkursmasse
und anderer Waren, bestehend in:
Herren- und Knaben-Anzügen,
Paletots, Joppen, Mäntel, Hosen etc. und Stoffen 6277
befindet sich
jetzt nur Moltkestrasse 4.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Uhren, Ketten, Ringe.
Nur gutes Fabrikat. 242
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Sehr haltbar und preiswert kaufen Sie Ihre

Schuhwaren
in Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefeln
in allen Sorten vom einfachsten bis elegantesten Genre
nur bei 6206
Gustav Bürger, Schuhwaren-Lager, **Leuthenstraße 23.**
Turnschuhe in grau, braun und schwarz. — Für Turnvereine extra Rabatt.
Auswahl stets vorhanden.

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Automat, Waldenburg.

Abzahlungsgeschäfte.

Grisner, O., Waldbg., Fellh. 6, n. d. Bursch.
Tomisch, F., Waldenburg, Tonstr. 1.

Bäckereien u. Konditoreien.

Wiedermann, A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
Byrlax, Neu-Salzbrunn.
Dohms, O., Fellhammer, Kais. Str.
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Frengel, A., Zuck.-Bäcker u. Konf., Dittersbach.
Hoffmann, Robert, Dittersbach 178.
Klingberg, Heinrich, Gottesberg.
Köhler, Gustav, Sandberg 64.
Pätzold, Paul, N.-Hermsdorf.
Reimer, E., Ob.-Waldenbg., Chausseestr. 16.
Schwarzer, P., Ob.-Waldenbg., Kirchstr. 1.
Zimmer, J., Altwasser I, 21 u. I, 1, 09 Parc.

Bier-Brauereien.

Aktien-Brauerei, Gottesberg.
Hartkorn & Sohn, N.-Waldenburg.
Mark & Co., Freiburg i. Schl.
Salzbrauerei A.-G., Ob.-Waldenburg.
Schneider, J., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
Thiel's Brauerei (A. Richter), Striegau.

Cigarrenhandlungen.

Bakes, Joh., Freiburg i. Schl., Berthdg.
Pinkske, Gustav, N.-Waldenburg.
Tscher, Heinr., Dittersbach 12.

Damen-Konfektion.

Wilke & Co., Hirschberg, Winkel.
Zimmermann, O., Bahnh. Kieder, Nähe Reichsmann, Paul, Gottesberg.

Drogen u. Farben.

Drogerie „Glück auf", N.-Hermsdorf.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
Raschke, Ernst, Freiburg i. Schl.
Ringel, Arthur, Altwasser I, 21 o.

Eisen- u. Stahlwaren.

Schreck, Reinhard, Gottesberg.
Thäßler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder u. Nähmaschinen.

Böse, Ferd., Freiburg i. Schl.
Hanisch, F., N.-Hermsdorf, Gottesberg.
Kohl, Bernh., Freiburg i. Schl., Gramm.-u. Nähmaschinen.
Kuhlert, J., Gottesberg.

Fleischereien.

Hillner, Hermann, Altwasser II, 10.
Rakel, A., Fellhammer, F. Burstenm.
Schäfer, Gustav, Fellhammer, F. Bursten.

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren.

Hammer, E., Freiburg, F. Leder-, Polsterw.
Kühers, Paul, Waldenburg, Schrot-str. 1, Ecke Heilbrunner.
Schwiedel, Altwasser, vis-à-vis Apotheke.

Gemischt-Waren.

Brand & Nagbe, Weißstein.
Treicher, Heinr., Dittersbach Nr. 4.
Hantke, W., Dittersbach, Herrnstraße 10.
Schilpert, A., Weißstein, Hauptstr. 86.

Haus- u. Küchengeräte.

Kalenge, H., Gottesberg.
Lesser, Mathilde, Gottesberg.
Lemm, R., Fellhammer, Kaiserstr.
Reichsmann, Paul, Gottesberg.

Herrengarderobe.

Andrich, Emanuel, Altwasser.
Behrendt, M., Hirschberg, Schildauerstr. 12
B'tner, F., Inh.: A. Göhlich, Striegau, Ring 6, Ecke Wilh.-u. Bismarckstr.
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, Herr.-Art.
Gottwald, Hirschberg, n. d. Burgstr. 10, F. Jun.
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Lippner, B., Jauer, Goldbergerstr. 35.

Konfektionshaus „Merkur"

Fellhammer Nr. 68.
Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Meyer, Karl, Hirschberg, Langstr. 19, Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Nanisch, H., Waldenbg., Charlottenstr. 16.
Pohl, A., Dittersbach 177, Maßanfertigung.
Busch, Adolf, Schweidnitz, eig. Fabr., Anzüge-Hemden.
Stinger Nachf., A., Inh.: C. Riedel, Schweidnitz, (Kreuz).
Silbermann, M., Gottesberg.
Silberfeld, M., Jauer, Nähe Rathaus.
Zimmerch, M., Hirschberg, e. Damenzarb.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.

Kar, Arth., Waldenburg, Friedländer Straße 33, gute Bedienung.
Wichter, Eduard, Gottesberg.
Schiegel, Otto, Freiburg.
Schreiber, E., Freiburg i. Schl.
Weiß, Wilh., Waldenburg, Friedl. Str. 27.

Kaufhäuser.

Barnett, M., Freiburg i. Schl.
Knappe, Altwasser, Dam.-Herr.-Kind.-Konf.
Pförtner, Reinh., Gottesberg.
Pinoff, Georg, Hirschberg i. Schl.
Reiß, Paul, Kinder-Hermsdorf 125 127.

Kleiderstoffe u. Seidenwaren.

Becker, Theodor, Freiburg i. Schl.
Haacke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren.

Beer, E., Dittersbach 148a, Drogen.
Bergmann, Ernst, Dittersbach, Destillat.
Bergmann, R., Altwasser I, 7, Email.-W.
Feige, Paul, Gottesberg.
Hänel, A. W., Dittersbach, Email.-, Manuf.
Hanschild, Schlosser, Hart- u. Küchenger.
Heinze, Fellhammer, Hart- u. Küchenger., Bürst.
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Zigarr. u. Pfeifen.
Krügel, R., Altwasser, Kum., Kognak, Likör.
Kubot, Franz, Altwasser, nebst neuem Post.
Leonhardt, F., Fellhammer, Eis- u. Porz.-W.
Martin, Fellhammer, Spirit., Filz-, Gummiw.
Rittner, Altwasser, Spirit., Email.-W. u.
Schiller, Fellhammer, Drog., Kr.-u. Porz.-W.
Schokoladenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, Spirit., Küchenger.
Steiner, H., Fellhammer, Drog., Spirit.
Taubis, Gust., Fellhammer, Spirituosen.
Wachsmann, Paul, Gottesberg.
Walter, H., Weißstein, Wein, Spirit.-Fabr.
Weinhold, H., Altwasser, Hart- u. Küchenw.

Manufaktur- u. Modewaren.

Gottwald, Hirschberg, n. d. Burgstr. 10, Neste b.
Hübner, J., Ob.-Waldenbg., Sang. Str. Nr. 1.
Nerger, (Krügig), Freiburg, Ring 2.
Pfeerbner, J., Kaufh. Waldenbg., Markt 2.

Möbel-Magazine.

Bartsch, F., Waldenburg, Gottesbergerst. 24.
Bittner, E. W., Altwasser, Möbel u. Särge, billigste Preise.
Hoffmeister, O., (H. Förster), Striegau.
Kadur, F., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alfons, Gottesberg.
Nöhler, E., Weißstein, Hauptstr. 43.
Nutsch, Fellhammer, auch gebr. Kldg., Stiefel.
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister.

Musik-Instrumente.

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Neurode, Schuhgasse 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg.

Papier- u. Schreibwaren.

Dentschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöpert, Bruno, Freiburg.
Welz, Gebr., Ob.-Waldenburg, Spiegel.

Photogr. Ateliers.

Anlauf, Aug., Gottesberg.
Ahol, B., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.

Ilscher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik, Waldenbg., Ring 21.
Förster, Paul, Gottesberg.
Jäptner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kutzler, Herm., Altwasser I. 23a.
Schröter, C., Fellhammer, auch Schuhw.
Sindermann, P. H., Altwasser, Fahr., Nähm.
Waldenb. Warenh., A. Hoehn, Friedl. Str.

Möbel-Magazine.

Bittner, E. W., Altwasser, Möbel u. Särge, billigste Preise.
Hoffmeister, O., (H. Förster), Striegau.
Kadur, F., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alfons, Gottesberg.
Nöhler, E., Weißstein, Hauptstr. 43.
Nutsch, Fellhammer, auch gebr. Kldg., Stiefel.
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister.

Musik-Instrumente.

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Neurode, Schuhgasse 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg.

Papier- u. Schreibwaren.

Dentschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöpert, Bruno, Freiburg.
Welz, Gebr., Ob.-Waldenburg, Spiegel.

Photogr. Ateliers.

Anlauf, Aug., Gottesberg.
Ahol, B., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.

Ilscher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik, Waldenbg., Ring 21.
Förster, Paul, Gottesberg.
Jäptner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kutzler, Herm., Altwasser I. 23a.
Lante, O., Altwasser, Mech. Bezohl-Anst.
Malbaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Putsch, Ad., Waldenburg, Ring 12.
Renner, Herm., Altwasser III, 21 D.
Renkemann, R., Gottesberg, Landeshuterst.
Schnapp, D., Jauer, Königsstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.
Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tschersich, E., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langst. 1.
Wollner, J., Charlottenst. 18, Kais. Philippl. 9.

Uhren u. Goldwaren.

Büttner, Fritz, Gottesberg.
Ertner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Fehst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahr.
Hanke, G., Ob.-Waldbg., Chausseestr. 29, Gryh.
Hornig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof
Käuner, Herm., N.-Hermsdorf.
Keischer, Rich., Waldenbg., Cochiusstr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, O., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg i. Burgst. 19, Opt.
Siegel, O., & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thyrolf, A., N.-Hermsdorf 141.
Zinnecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche u. Wollwaren.

Dennert, E., N.-Hermsdorf, Putz, Tarisserie.
Dinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sontag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerst. 4, Trikotagen, Strümpfe 2c.
Lewin, Martin, Waldbg., Gottbgst. 26, Wsch., Trikotg., Kurzw.
Nier, Oskar, Sortimentsgesch., Hut-, Fellw.
Priebatsch, Jauer, Liegnitzerstr. a. Ring.
Sortimentsh. O. Finke, Jauer, Mode-Belgw.
Heiner, M., Altwasser, Herrenartikel.

Beilage zu Nr. 25 der „Volkswacht".

Sonnabend, den 30. Januar 1909.

Deutscher Reichstag.

195. Sitzung vom Donnerstag, den 28. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung des Antrages Albrecht und Genossen (Soz.), welcher die reichsgesetzliche Regelung der Vertragsverhältnisse der forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes fordert. Mit zur Diskussion gestellt wird eine Petition des polnischen Agrar-Vereins in Thorn, welche die Gleichstellung des Gesindes und der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern fordert. Desgleichen eine Petition einer Anzahl Dienstbotenvereine, welche das Gesinde, unter Aufhebung der Gesindeordnung der Gewerbeordnung unterstellt wissen will.

Abg. Dr. **Stengel** (Freis. Vpt.): Man kann die Sozialdemokratie nicht überwinden, wenn man ihen berechtigten Forderungen entgegentritt. Möge das bei dieser Gelegenheit nicht wieder geschehen. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Dr. **Varenhorst** (Rpt): Woher will denn Herr Stadthagen seine Kenntnisse über die traurige Lage der Landarbeiter haben? Die Sozialdemokraten wollen nur Unfrieden auf dem Lande stiften. Eine Not der Arbeiter und des Gesindes gibt es dort nicht, sondern nur eine Not der Dienstherren. (Sehr richtig! rechts, Lachen b. d. Soz.) Wir sind gegen eine Koalitionsfreiheit auf dem Lande. Zu dem Zentrum kann ich nur sagen:

„Es tut mir in der Seele weh,
Wenn ich Dich in der Gesellschaft seh'."

(Bravo! rechts, Lachen im Zentrum u. links.)

Abg. **Gothein** (Freis. Vgg.) polemisiert gegen die früheren Reden der Abg. Kleye und Hahn. Ohne Koalitionsrecht bleibt der Landarbeiter nur ein halbfreier Mann. Vom Bund der Landwirte werden Angaben über Löhne in Ostpreußen gemacht, die nur richtig sein können, wenn die Besitzer beim Kleben der Versicherungsmarken geradezu betrügen. Wahrscheinlich liegt der Fehler aber bei den Lohnangaben des Bundes. Es ist Sache des Reichs, auch für die ländlichen Arbeiter ein einheitliches Recht zu schaffen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Präsident **Graf Stolberg** teilt mit, daß vom Abg. Normann ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht resp. über Verweisung an eine Kommission eingegangen sei. Die Abstimmung wird morgen stattfinden.

Abg. **Hufnagel** (kons.): Wenn die Landwirte zu höheren Sommerlöhnen gezwungen werden, so müssen sie zu zahlreichen Entlassungen im Herbste schreiten. Denn sie sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. (Zust. rechts.) Gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung habe ich nichts einzuwenden. (Bravo! rechts.)

Abg. Brey (Sozialdemokrat):

Wir haben bereits deutsche Staaten, in denen die ländlichen Arbeiter das Koalitionsrecht besitzen. Wo sind denn da die verdorbenen Ernten geblieben, welche Sie (nach rechts) so sehr fürchten? Auch ich bin aus Hannover, wie Herr Varenhorst, ich weiß aber nichts davon, daß die Arbeiter dort zur Jagd fahren. Ich werde seine Hilfe in Anspruch nehmen, um festzustellen, ob sie das in Automobilen oder in Equipagen tun. (Heiterkeit.) Jedenfalls könnte auch das Bestehen solcher günstigen Verhältnisse kein Argument sein für die Aufrechterhaltung des Koalitionsverbotes. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch heute kommen auf dem Lande schon Arbeits-Einstellungen vor, durch Koalitionsfreiheit brauchen sie keinesfalls vermehrt werden. Die Ursache liegt in dem Verhalten der Arbeitgeber, nicht im Koalitionsrecht. Herr Kleye kann also ruhig für unseren Antrag stimmen, nach dem Wahlspruch: „Nicht bange und man briste!" Die preußische Regierung erachtete bereits 1868 die Zeit für gekommen, den Ausnahmezustand zu beseitigen. Will denn die nationalliberale Partei damit bis zum nächsten Jahrhundert warten? Herr Hahn hat es für nötig befunden, an das soziale Empfinden der sozialdemokratischen Arbeitgeber zu appellieren. Zwischen dem echt sozialen Geiste in unseren Betrieben und dem, was in den landwirtschaftlichen Betrieben an sozialem Geiste zu vermissen ist, ist ein so riesengroßer Abstand, daß der guten Gesinnung der Freunde des Herrn Hahn ein großes Betätigungsfeld offen steht. Wenn nur einige Schritte zur Verringerung dieses Abstandes getan werden, so werden tausende von Landarbeitern darüber recht froh sein. (Zustimmung und Sehr gut! bei den Soz.)

Zur Schilderung der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse führe ich einige Bestimmungen aus Verträgen an. Neben der Löhnung erhält der Arbeiter 90 Ruten Kartoffelland. Der Anspruch geht ihm aber verloren, wenn das Arbeitsverhältnis aus irgend einem Grunde vor dem 15. Oktober gelöst wird. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeit, die er auf das Land verwendet hat, geht ihm dann also auch verloren. Wenn einem solchen Landproletarier auf diese Weise die Ernte vernichtet wird, dann werden die Herren rechts allerdings nicht jammern. Gegen das Raffinement dieser Verträge ist nicht anzukämpfen, in 19 Paragraphen enthalten sie 30 Schlingen für den Arbeiter. In § 19 sind noch sieben Punkte aufgezählt, die zur sofortigen Entlassung des Arbeiters berechtigen. Es ist höchste Zeit, daß die Gesetzgebung diesen Dingen einen Riegel vorschiebt. Eine Reihe Verträge mit polnischen Arbeitern, die ich hier habe, spricht von Monatslöhnen von 24 Mark, während der Erntezeit 30 Mark; ja wir haben sogar solche von 16 Mark und während der Erntezeit 20 Mark. Vielfach müssen polnische Arbeiter etwas unterschreiben, wovon sie keine Ahnung haben. Der Vertrag, den ich hier habe, ist allerdings auch in polnischer Sprache ausgefertigt, aber in dem entscheidenden Punkte, der von der Zurückbehaltung des Geldes spricht, ist nur die deutsche Sprache angewendet und die Rubrik im polnischen ist leer. (Hört, hört! bei den Soz.) Als dem betreffenden Arbeiter das Geld einbehalten wurde und er sich an die Landwirtschaftskammer in Hannover wandte, wurden ihm anstatt Hilfe Maulschellen angeboten. Diese Verträge zeigen uns deutlich, wie es mit der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage des Arbeiters auf dem Lande steht. Gibt es denn kein Mittel, diesem Unfug zu steuern? Es muß gegen diese schreiende Ungerechtigkeit ein energisches Wort gesprochen werden. Allerdings, ich rede hier zu leeren Ministersesseln.

Die Gesindeordnungen verstoßen gegen die verfassungsmäßige Rechtsgleichheit. Unser Antrag will den Weg der Kultur bahnen. Mit der Ueberweisung an eine Kommission sind wir einverstanden, hoffen aber, daß das nicht ein parlamentarisches Begräbnis bedeuten soll, sondern daß die Kommission energisch arbeiten wird, die ungeheuer kulturwidrigen Zustände zu beseitigen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.)

Die jetzigen vielen Kontraktbrüche kommen nur daher, daß die jetzigen Verträge gar nicht gehalten werden können. Sogar auf der Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins wurde erklärt, daß die Arbeitgeber an den Kontraktbrüchen mitschuldig sind durch die hohen Abzüge, und weil sie trotz Verabredung das Bahngeld nicht bezahlt haben. Der Kontraktbruch der Arbeitgeber ist keine Seltenheit. Wer den Kontraktbruch überhaupt vermeiden will, der sollte unseren Forderungen zustimmen. Wenn Sie den Arbeitern das Bewußtsein beibringen, daß sie nicht rechtlos, sondern in der Lage sind, mit Hilfe der Koalition ihre Lage zu verbessern, dann werden sie auch nicht mehr abwandern. Wir dienen mit unseren Vorschlägen der Landwirtschaft besser, als Sie, die Sie die Abwanderung provozieren. Gerade aus den Großgrundbesitzbezirken ist die Abwanderung am stärksten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Koalitionsrecht nützen Sie für sich selbst aus, verweigern es aber den Arbeitern. So beweisen Sie, daß Sie das oberste Gesetz der Sittlichkeit nicht gelten lassen, welches befiehlt, seinem Nebenmenschen zu gönnen, was man sich selbst zunutze macht. Wie Sie das mit Ihrem Christentum vereinbaren wollen, ist ein Rätsel. (Sehr gut! bei den Soz.)

Der gegenwärtige Stand der Versicherung der ländlichen Arbeiter ist unzulänglich, unübersichtlich und zerrissen. Wir fordern in unserem Antrage umfassende reichsrechtliche Versicherung und weiter Ausdehnung des Arbeiterschutzes im vollen Umfange auf die ländlichen Arbeiter und das Gesinde. Ich fordere Sie eindringlich auf, unseren Antrag in allen Teilen anzunehmen. Er bringt nicht die Verwirklichung eines Idealzustandes, nicht die Errichtung eines Reiches, gegründet auf die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt — ich zitiere Fichte, den Lieblingsstaatsmann unseres Reichskanzlers — (Heiterkeit), sondern er bringt nur die Erleichterung eines alten schweren Joches aus der Feudalzeit. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Abg. **Wachhorst de Wente** (natl.): Den Landarbeitern in Hannover geht es sehr gut. Kollege Brey weiß nichts von den Hannoverschen Verhältnissen. Die Arbeiter haben dort höhere Löhne als in der Stadt und sehr schöne, geräumige Wohnungen. (Lachen bei den Soz.) Eine Ausdehnung der Krankenversicherung würden wir begrüßen, aber eine reichsrechtliche Ordnung des Gesinderechts und der Arbeitszeit auf dem Lande halten wir noch nicht für möglich. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. **Böhme** (Wirtsch. Vgg.): Der Industriearbeiter hat nur Sicherheit und Zukunftshoffnung, wenn er sich organisiert, der Landarbeiter nur, wenn er Land bekommt und seßhaft wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Fegter** (frs. Vg.): Wir wollen Bauern und Arbeiter in Freiheit und Selbständigkeit und da scheiden Sie (nach rechts) sich von uns. Die organisierten Arbeiter arbeiten besser und billiger. Differenzen gibt es nur mit dem hergelaufenen Gesindel. Ich will damit niemanden hier treffen. (Große Heiterkeit.) Auch wir wünschen vom ländlichen Arbeiter Seßhaftigkeit, aber er soll nicht zum Übrigen, zum Heloten werden. (Lebh. Sehr richtig! bei den Freis.) Die Herren rechts setzen sich aus Furcht vor der Sozialdemokratie den notwendigsten Reformen entgegen. In Hannover waren die Verhältnisse zwischen Landarbeitern und Besitzern gute, bis die verhetzende Agitation des Bundes der Landwirte einsetzte. (Unruhe rechts, lebh. Sehr richtig! b. d. Freis.) Mit der Ausdehnung der Krankenversicherung sind wir einverstanden. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse kann aber nicht so schematisch erfolgen, wie der Antrag es wünscht. Wir wünschen deshalb seine Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. **von Volko** (kons.): Wir betrachten unsere Arbeiter als Mitarbeiter, nicht als Untergebene, wir wollen weiter mit ihnen in Frieden leben. Deshalb sind wir gegen das Koalitionsrecht, welches die ruhigen Leute zum Streik zwingen würde. Die Löhne sind bei uns hoch. Ein konstitutionelles Arbeitssystem ist auf dem Lande ebenso unmöglich, wie an Bord eines Schiffes. Soll ich mit meiner Frau etwa allein das Vieh füttern? (Große Heiterkeit links, Lebh. Beifall rechts.) Ausländer beschäftigen wir nur blutenden Herzens. Ich persönlich beschäftige seit 14 Jahren dieselben ausländischen Arbeiter. (Rührung rechts.) Sollen wir unsere Ernte verkümmern lassen? (Nein, nein! rechts.) Wir deutschen Landwirte arbeiten im Schweiße unseres Angesichts, getröstet von dem erhebenden Bewußtsein, daß wir für das Wohl des Vaterlandes arbeiten. (Stürm. Beifall rechts.)

Abg. **Werner** (Ant.) entrüstet sich über den Abg. Gothein.

Abg. **v. Oertzen** (Reichsp.): Die Lage der ländlichen Arbeiter ist nicht so ungünstig, daß sie der Waffe des Streiks bedürfe. Solche Streiks wären ein Unglück für die gesamte Nation. (Zustimmung rechts). Wir würden einen Zustand beständigen Kampfes bekommen.

Das Haus vertagt sich.

Persönlich bemerkt Abg. **Brey** (Soz.) gegenüber dem Abgeordneten Wachhorst de Wente, daß er seit zwanzig Jahren in Hannover wohnt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Interpellation des Zentrums über die Sicherung der Freiheit des Arbeitsvertrages und des Koalitionsrechts.)

Schluß 6¼ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

19. Sitzung. Donnerstag, den 28. Januar, 12 Uhr Mittags.

Am Ministertisch: v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vereinigung der Städte Saarbrücken, St. Johann und Malstatt-Burbach zu einer Stadtgemeinde Saarbrücken.

Abg. Dr. **Maurer** (natl.) fragt an, wie es mit dem Wohnungsgeldzuschuß für die Beamten in der neuen Großstadt gehalten werden solle.

Ein Regierungskommissar betont, daß es Sache des Reichs, resp. des Bundesrats sei, die neue Stadt eventuell in eine andere Wohnungsgeldzuschußklasse zu versetzen.

Abg. Boramann (Sozialdemokrat):

Der Eingemeindungsvertrag enthält eine Reihe von Punkten, die allgemeines Interesse beanspruchen. Die Abschließung des Vertrages hat offenbar große Schwierigkeiten gemacht und man kann den betreffenden Gemeinden nur ein Kompliment dafür machen, daß es ihnen gelungen ist, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Auch der Regierung, die dabei tatkräftig mitgewirkt hat, bin ich gern bereit, dieses Kompliment auszusprechen, freilich mit einer gewissen Einschränkung, auf die ich noch komme. Die Tragung der finanziellen Lasten der Durchführung der Eingemeindung wird den beteiligten Gemeinden deshalb leichter werden, weil sie die Wertzuwachssteuer eingeführt haben. Es ist klar, daß, wenn eine solche neue Großstadt geschaffen wird, der Wert des Grund und Bodens außerordentlich in die Höhe geht. Die Gemeinden sind zum Zusammenschluß gekommen, weil sie länst so ineinander gewachsen waren, daß es selbst dem Einheimischen nicht möglich war, die Grenzen zu erkennen. Ganz ähnlich liegt es aber auch in anderen kommunalen Gebilden, und ich hoffe, daß die Einsicht der Regierung, die ihr in diesem Falle gekommen ist, auch in anderen Fällen, wo die Verhältnisse sich in zwanzig- bis dreißigfach verstärktem Maße entwickelt haben, kommen möge. Ich denke da namentlich an die Berliner Verhältnisse.

Auch Berlin mit seinen Vororten

stellt zweifellos eine wirtschaftliche Einheit dar. Trotzdem wird die Trennung der einzelnen Gemeinden von Groß-Berlin durch die Regierung künstlich hochgehalten. Wenn man den Gemeinden

Stadt-Theater.

„Der Barbier von Sevilla" von G. Rossini.

Am Donnerstag sang Frau Raabe-Burg die Rosine als Gast. Für wen soll derselbe eventuell eintreten? Für Frau MacGrew? Für Frl. Jaffé? Frl. Jaffé ist doch für Soubrettenpartien engagiert! Wie dem auch sei, Frau Raabe-Burg dürfte kaum für eine Vakanz in Betracht kommen. Was die Dame bringt, sei es im Gesang, sei es in der Darstellung ist Routine; sie besitzt eine nicht gewöhnliche Lebhaftigkeit und spielt gewandt und sicher, ist sehr musikalisch und schreit nicht, aber man wird bei alledem nicht recht warm. Man merkt auch gar nicht, daß die Künstlerin besonders regen Anteil an den Geschehnissen auf der Bühne nimmt, es fehlt der überspringende Funke, das Finidum. Nach der ersten Arie rührte sich trotz des abgebrannten Brillant-Feuerwerks nicht eine Hand in dem schwach besetzten Hause: eine große Seltenheit! Schon bedeutend schlechtere Sängerinnen erhielten an dieser Stelle Applaus. Auch das erste Duett mit Figaro verpuffte beinahe gänzlich. Die ziemlich korpulente Figur würde etwa bei einer Violetta (Traviata) oder Julia nicht angebracht sein. Daß die Sängerin auch gerade den — übrigens ebenfalls „mit Glanz" vorgetragenen — Walzer „Frühlingsstimmen" von Joh. Strauß als Einlage wählte, zeugt nicht für besonderes Stilgefühl: es gibt doch eine Unzahl italienischer Arien aus Rossinis Zeiten, z. B. „Semiramis" rc., die sich eher der Umgebung angepaßt hätte. — Das Publikum amüsierte sich über die Komik der Darsteller köstlich, war aber mit Applaus nicht freigebig.

H. M.

Tagesereignisse.

Massengräber in Messina. Zwei grausige Institute, die viele Monate in Wirksamkeit bleiben werden, wurden in Messina eröffnet, zwei große Leichenschauhäuser. An beiden Enden der Stadt wurden die bisher gefundenen Leichen in Massengräbern bestattet. Von jetzt an werden täglich etwa hundert Leichen in die Morgauen gebracht. Sie sollen dort identifiziert werden, aber das ist meist sehr schwer und so werden sie oft eingesargt und unerkannt bestattet. Die eine Morgue wurde in der Via Cavour im Saale eines alten Palazzo eingerichtet, die andere auf einem freien Platze. Die Leichen werden von Soldaten und Arbeitern beständig herangebracht. Bei den meisten ist die Verwesung noch nicht weit vorgeschritten, da sie, von der Luft abgeschlossen, unter dem Schutt gelegen haben. Doch manche sind schon völlig unkenntlich geworden. Sie werden durch Ringe und Kleider identifiziert. Die Leiche eines reichen Fruchthändlers wurde durch ein künstliches Gebiß identifiziert. Wie lange diese traurige Arbeit noch dauern wird, ist daraus zu ermessen, daß die Leichenkommission, die unter General Mayas Vorsitz steht, erklärte, es lägen noch 50.000 Leichen unter den Trümmern, vielleicht sogar 60.000. Inzwischen beginnt der Wiederaufbau der Stadt auf dem bisher unbebauten Terrain.

Gestern 3 Uhr 40 früh erfolgte in Messina ein heftiger Erdstoß mit unterirdischem Getöse, aber von kurzer Dauer. Die Aufräumungsarbeiten werden durch heftigen Regen sehr gestört.

Zwei ziemlich heftige Erdstöße sind gestern kurz vor Mitternacht in Konstantinopel bemerkbar gewesen, taten jedoch glücklicherweise keinen Schaden.

5 Bahnarbeiter auf der Strecke getötet. Aus Mayen wird amtlich gemeldet: Am Dienstag um 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags wurden in Kilometer 21 im Fahrgleis Kottenheim—Mayen-Ost der Strecke Andernach—Geroldstein während der Begegnung des Zuges 9147 mit einer leeren Lokomotive von dieser ein Rottenführer und vier Rottenarbeiter überfahren und sofort getötet. Ein anderer Rottenarbeiter wurde leicht verletzt.

Eingebrochen und ertrunken. Aus Stade wird gemeldet: Bei Porstel auf dem Ende der Binnenelbe sind gestern drei Knaben eingebrochen und trotz sofort angestellter Rettungsversuche ertrunken. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Einen schrecklichen Tod erlitt, wie gemeldet wird, ein Bergmann aus Meiderich, der auf dem Wege zur Arbeit in der Dunkelheit den Bahnkörper entlang ging, von der Lokomotive erfaßt und bis zum Bahnhofe Rudrort geschleift wurde. Man mußte dort den entsetzlich zugerichteten Körper gewaltsam aus der Maschine entfernen. — In Heißen kam auf einer Grube der Zeche „Wiesche" ein Hauer dadurch zu Tode, daß er, vom Wasserdurchbruch erfaßt, derart gegen die Wand geschleudert wurde, daß der Tod sofort eintrat.

Londoner Nebel. Während die meisten Seebäder an der Südküste Englands vorgestern früh Sonnenschein aufwiesen, war London in einen tiefen rußigen Nebel gehüllt, der das gesamte Verkehrsleben desorganisierte. Wagen fuhren sich zwar in Straßen, die auf einen Punkt konvergierten, fest, es gelang aber meist, den Knäuel, wenn auch nach Verlauf von Stunden, zu entwirren.

Eine Brigade von Fackelträgern bildete sich Nachts, die gegen Entgelt einzelnen Wagen und Equipagen vorantraten. Von Ueberfällen in der Dunkelheit ist nur der gegen Mrs. Keppel, eine Dame der Gesellschaft, die man häufig in der Umgebung des Königs findet, bekannt geworden. Es wurde ihr die reich mit Edelsteinen geschmückte goldene Börse mit ihrem nicht unbedeutenden Inhalt aus der Hand gerissen. Die Diebe entkamen.

Der Sprung auf die Bühne. Ueber ein ganz eigenartiges Debüt berichtet das „Wiener Fremdenblatt". Im Raimund-Theater war am letzten Sonntag die Ziehrer'sche Operette „Liebeswalzer" angesetzt, das Haus sonntäglich ausverkauft — da traf plötzlich die Nachricht ein, daß Herr Glawatsch infolge starker Heiserkeit außerstande sei, die große Partie des Fiakers Föhringer darzustellen. Die Vorstellung stand in Frage, da kein anderes Mitglied die Rolle studiert hatte. In dieser Verlegenheit trat nun zur freudigen Ueberraschung der Direktion der Dirigent der Vorstellung, Herr Kapellmeister Zegler als Retter auf; er erklärte sich bereit, den Sprung vom Dirigentenpult auf die Bühne zu machen. Das Wagnis gelang — der Kapellmeister erzielte als Komiker einen ausgesprochenen Erfolg, der sich in reichem Beifall und zahlreichen Hervorrufen äußerte. Herr Ziegler ist Wiener — Urwiener seiner gewissen Feschheit und Sprache nach. Diese Gaben kamen ihm bei seinem Debüt als Fiaker vortrefflich zu statten. Die Rolle selbst kannte er auswendig, da er die Operette oft dirigiert hatte. An seiner Stelle dirigierte natürlich ein anderer Kapellmeister die Vorstellung.

Mahnung.

Mensch, bedenke, was du sagst,
Wenn du in dem Landtag tagst
Und verschweige unbedingt,
Ob der Flichbeck Kognak trinkt.

Wenn ein Volksfreund und er nippt;
Oder gleich die Pulle kippt —
Bleibe stumm und unbeteiligt,
Denn Privates ist geheiligt.

Falls derselbe, wie du siehst
Sich das Nasenbein begießt,
Sag' es nicht im Parlamente,
Weil es ihn genieren könnte.

Gläschen gibt es, hochgestielte;
Frage niemals, das wievielte!
Wenn e verschmäh'n die Kelche;
(Gibt es überhaupt wohl welche?)

Ruft du: „Wegelag'rer! Strolch!"
Minder schlimm ist der Erlolch;
Dafür kriegst Du keinen Rüffel. —
Aber sage bloß nicht: „Süffel!"

(Gottlieb im „T...")

vorwirft, daß sie die Schuld an dem Andauern dieser Verhältnisse tragen, so muß ich das, namentlich soweit es sich um die maßgebendste Gemeinde handelt, mit Entschiedenheit zurückweisen. (Präsident von Kröcher bittet den Redner, bei dieser Gelegenheit nicht auf die Berliner Verhältnisse näher einzugehen.) Ich möchte dann darauf hinweisen, daß ich volles Verständnis dafür besitze, das für das neue Gemeinwesen eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung dadurch herbeiführt wird, daß an Stelle der drei Verwaltungen jetzt eine einheitliche Verwaltung tritt — ganz so, wie bei uns in Berlin. (Heiterkeit.) Weiter wird in der Begründung mit Recht bemerkt, daß z. B. die Produktion, die Abgabe von Gas, die Schaffung der Wasserzufuhr usw. durch die gemeinsame Verwaltung wesentlich günstiger ausgestaltet werden kann. Bei nicht einheitlicher Verwaltung kann es vorkommen, daß die größeren Gemeinden den kleineren die Wasserquellen wegkaufen — genau so wie bei uns in Berlin (Heiterk.) Ebenso ist die Frage der Kanalisation, des einheitlichen Verkehrswesens, der Schaffung eines großzügigen Bebauungsplanes durch die Eingemeindung außerordentlich erleichtert. Wenn die Regierung in Saarbrücken und St. Johann so große Einsicht gezeigt hat, so liegt das offenbar daran, daß dort ein einsichtiger Dezernent der Regierung die Verhandlungen geleitet hat. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung diesen einsichtigen Dezernenten nach Berlin versetzen wollte, damit wir auch hier endlich vorwärts kommen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Cassel** (frs. Vp.) erklärt, bei dieser Gelegenheit auf die Berliner Verhältnisse nicht eingehen zu wollen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf angenommen.

Ein Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Landeskreditkasse zu Kassel wird in zweiter Beratung debattelos erledigt.

Auf der Tagesordnung steht alsdann die

zweite Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage.

Auf Antrag Graf Praschma (Zentr.), dem sich die übrigen Parteien anschließen, wird die Beratung vorläufig auf eine Stunde vertagt. (Schluß 12¾ Uhr. Wiederbeginn 1¾ Uhr.)

Abg. v. Hennigs (konservativ)

(zur Geschäftsordnung): Im allgemeinen Staatsinteresse hat der Seniorenkonvent dieses Hauses Einigungsbestrebungen eingeleitet, die dahin gehen, daß das Haus zunächst in größerer Einmütigkeit die Besoldungsordnung in zweiter Lesung behandelt. Daß das Staatsinteresse diese Einigkeit erforderte, ist wohl den meisten Herren dieses Hauses selbstverständlich. Wir haben in eifrigster und langer Arbeit die verschiedenen Interessen der Beamtenkategorien in der Kommission behandelt; Divergenzen in Bezug auf einzelne Gruppen sind natürlich dabei hervorgetreten, aber es mußte der Beamtenwelt gegenüber notwendigerweise betont werden, daß das, was in dieser fleißigen, eingehenden Arbeit geleistet worden ist, auch dem entspreche, was das Haus in seiner Mehrheit für richtig hielte. Die Einigungsbestrebungen sind von Erfolg gekrönt worden und gipfeln in folgenden drei Hauptpunkten. Zunächst ist beschlossen worden — und mit Ausnahme der Sozialdemokratie sind sich sämtliche Parteien darin einig — daß Anträge in zweiter Lesung nur gestellt werden sollen, wenn sie gemeinsam von den Einigungsparteien auch unterschrieben worden sind. Zweitens ist auch zwischen der Regierung und den Einigungsparteien eine völlige Uebereinstimmung erzielt worden, dahingehend, daß das, was nun innerhalb dieses Kompromisses angenommen wird, auch von der Regierung als Grundlage für weitere Verhandlungen der Vorlage im Herrenhaus benutzt wird. Die Regierung hat also die Zusage gegeben, daß sie das, was wir hier aus zweiter Lesung herausgehen lassen, auch als ihre Meinung vertreten wird, sodaß wir die begründete Aussicht haben, daß das, was wir hier geschaffen haben, auch wirklich später Gesetz werden wird. Drittens wollen wir die Behandlung der großen Materie dadurch etwas vereinfachen, daß wir nicht in einzelnen Klassen die Besoldungsordnung durchsprechen, sondern die ganze Materie in vier Hauptmaterien teilen. Die ganze Beamtenwelt sieht daraus, daß das Haus als solches als geschlossenes Ganzes mit Ausnahme der Sozialdemokratie auf der Grundlage der neu zu schaffenden Besoldungsordnung steht, aus der einzelne Wünsche, die hier und da aufgetreten sind, zurückgestellt sind, nicht bloß hier, sondern zunächst auch für die Zukunft, denn wir wollen etwas Dauerndes und Ganzes schaffen. — Redner verliest nun die vorgeschlagene Art der Einteilung der Beratung.

Das Haus tritt diesem Vorschlage ohne Widerspruch bei.

Es soll die Beratung der von der Mehrheit zusammengefaßten ersten Gruppe, welche die Besoldungsklassen 1—11 enthält. Sie reicht bis zu den

Beamten mit einem Anfangsgehalt von 1650 Mark

und einem Endgehalt von 3000 Mk. In Verbindung damit wird die Frage der Militäranwärter behandelt und folgender Antrag der Kommission: „Die Regierung möge baldigst eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Zivilanwärter vorlegen, bei welcher die Wünsche der Kanzleigehilfen nach Möglichkeit berücksichtigt werden."

Ferner gehören hierzu einige Anträge Borgmann (Soz.). Danach sollen die Gehaltssätze der Klasse 1 statt auf 1100—1500 auf 1100—1400 Mk. festgesetzt werden. Ferner sollen die Klassen 2a bis 3b, die nach den Kommissionsbeschlüssen Gehaltssätze von 1100 bis 1500 bis zu 1100—1600 Mk. umfassen, zu einer Klasse 2 mit 1200—1800 Mk. zusammengefaßt werden. Nun endlich sollen die Gehaltssätze der Klasse 4 statt auf 1200—1700 auf 1300—1900 Mk. festgesetzt werden.

Abg. **Quehl** (kons.): Die Beschlüsse der Kommission sind schon mit vier Millionen über die Regierungsvorlage hinausgegangen. Die Anträge der Sozialdemokraten aber würden noch sechs Millionen mehr erfordern. Sie haben offenbar nur agitatorischen Charakter. (Sehr wahr! rechts.) Wenn wir auch bedauern, daß im einzelnen, z. B. bei den Förstern, nicht mehr zu erreichen war, so begrüßen wir es doch mit Freuden, daß es zu einem einhelligen Beschluß aller bürgerlichen Parteien kommt. Den Anträgen der Kommission stehen wir sympathisch gegenüber. (Bravo! rechts.)

Der Finanzminister **v. Rheinbaben** geht auf die Frage der Militäranwärter ein. Es handelte sich dabei darum, eine Lösung zu finden, die in ihrem Wohlwollen für die Militäranwärter nicht den Zivilanwärtern Grund zur Beschwerde gibt. Ein Anrechnen eines Teiles der Militärdienstzeit ist dann ein Gebot der Billigkeit, wenn Militärdienstzeit plus der Vorbereitung im Zivildienst die Militäranwärter erst so spät zur etatsmäßigen Anstellung kommen läßt, daß sie wesentlich hinter ihren Kollegen aus dem Zivildienst zurückstehen. Die beabsichtigte Neuregelung erfordert 3 Millionen Mark, aber wir dürfen vor dieser Regelung nicht zurückschrecken. Für Militäranwärter, die 9 Jahre gedient haben, ist danach bei der ersten etatsmäßigen Anstellung, soweit die Militärdienstzeit plus Vorbereitungszeit im Zivildienst 12 Jahre überschreitet, die Militärdienstzeit bis zu drei Jahren mindestens mit einem Jahr, und soweit jene Zeit zwölf Jahre nicht übersteigt, mit einem Jahr auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen. Diese Bestimmung erhält rückwirkende Kraft bis 1892. — Die vollkommene Uebereinstimmung der Parteien ist ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis. Davon weichen nur ab die Anträge der Herren Sozialdemokraten. Wer den Beamten eine Zulage erweitern will, muß sich auf den Boden des Erreichbaren, des Möglichen stellen. (Bravo! b. d. Mehrh.) Nicht Anträge stellen, welche von vornherein unausführbar sind, und die offenbar — nur ein geeignetes Material zur Agitation — in der Presse bieten sollen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ihre Verwirklichung würde 17 Millionen Mark mehr als die Regierungsvorlage und 12 Millionen Mark mehr als die Beschlüsse der Kommission erfordern. (Hört, hört! rechts.) Die Gehälter der Klasse 1 sind schon nach der Vorlage im Anfangs- und Endgehalt um 200 Mark aufgebessert, nach dem Kommissionsbeschluß sogar um 200 Mark, wozu noch die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses kommt. Das Ziel der Vorlage, Ruhe in der Beamtenschaft zu erzielen, wird am besten dadurch gefördert werden, daß es sich hier um ein einhelliges Votum der gesamten bürgerlichen Parteien handelt. (Bravo!) Selbstverständlich ist, daß die Regierung für die Beschlüsse des Kompromisses auch im Herrenhause eintritt. Wenn die Vorlage so in das Land hinausgeht, so hat sich die Budgetkommission und das Haus einen dauernden Dank um das Vaterland erworben. (Bravo!)

Abg. **Büchtemann** (kons. Vp.): Wir haben im Gegensatz zu der Rechten nur nach Ueberwindung sehr großer Bedenken dem Kompromiß zugestimmt. Die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung, wie sie durch eine einseitige Wirtschaftspolitik hervorgerufen worden ist (Unruhe rechts), kann jedenfalls für die Unterbeamten durch die hier vorgesehene Gehaltserhöhung nicht ausgeglichen werden. Die Gehälter des Kompromisses können diesen Beamten nur den notdürftigsten Lebensunterhalt gewähren. Besonders bedauerlich ist, daß infolge des Widerspruchs der Regierung die Lokomotheiter nicht aufgebessert werden konnten. Wir empfinden es auch als unberechtigt, daß die technischen Beamten gegenüber den Verwaltungsbeamten immer noch zurückgesetzt sind. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Neiwoldt** (freikons.): Ich hoffe, daß infolge des einmütigen Beschlusses der bürgerlichen Parteien in Zukunft die unangenehme Art des Kampfes ausgeschaltet wird, daß einzelne Parteien sich gegenseitig vorwerfen, daß sie ein besseres Herz für die Beamtenschaft hätten, sondern daß wir, nachdem diese Schlacht geschlagen ist, einen völligen Gottesfrieden machen. (Bravo!) Das Erreichbare glauben wir erreicht zu haben. Wir waren genötigt, nicht nur auf die Interessen der Beamten zu sehen, sondern auch darauf, was unsere erwerbende Klasse ertragen konnte. (Sehr richtig! rechts.) Von einer Not des Lebens, von der der Herr Vorredner sprach, kann bei den Beamten nicht die Rede sein, die für ihr Alter gesichert sind. Die Not des Lebens trifft ganz andere Kreise der Bevölkerung. (Sehr richtig!) Das Entgegenkommen in Bezug auf die Militäranwärter begrüßen wir und hoffe, daß diese Grundsätze auch in anderen Bundesstaaten und auch im Reich Nachfolge finden werden. (Bravo! rechts.)

Abg. **Peltasohn** (frs. Vg.): Der Schwerpunkt der Besoldungsordnung liegt bei den unteren Beamten. Diese trifft die Not der Zeit, die ich doch trotz der Ausführungen des Herrn Vorredners als vorhanden ansehen möchte, zweifellos am meisten. Nur der Kostenpunkt hat uns hier Beschränkungen auferlegt. Aus diesem Grunde können wir auch die sozialdemokratischen Anträge, die wir ja zum Teil selbst in der Kommission gestellt haben, hier nicht annehmen. Bei Kompromissen muß eben jeder Teil etwas nachgeben.

Abg. **König** (Zentrum): Hunderttausende von Beamten und Familien sehen heute auf unsere Beschlüsse und erwarten von uns, daß wir ihre schwere wirtschaftliche Lage erleichtern. Die monatelangen anstrengenden Verhandlungen der Kommission beweisen, daß wir ernstlich und gewissenhaft geprüft haben, wie weit wir diese Hilfe gewähren können. Wenn wir nun zu einer Einigung aller bürgerlichen Parteien gekommen sind, so haben insbesondere meine Freunde dabei große Opfer bringen müssen. Aber das Kompromiß hat so schwerwiegende Folgen, daß wir glauben, trotz unserer ernstesten Bedenken ihm beitreten zu müssen. Bei einem so wichtigen entscheidenden Werke durften nicht Parteirücksichten maßgebend sein. Wir glauben, daß der besonnen urteilende Teil der Beamtenschaft auch einsehen wird, daß wir ihm alles das zugebilligt haben, was nach Lage der Verhältnisse zu erreichen war. Redner geht des näheren ausführlich auf die Anträge des Zentrums in der Kommission ein und verlangt von der Regierung eine bestimmte Erklärung darüber, ob jeder Unterbeamte um 100 Mk., jeder mittlere Beamte um 150 Mk. gegen den Zustand von 1907 aufgebessert worden ist.

Unterstaatssekretär **Tombois** legt dar, daß alle Unterbeamten um mindestens 100, alle mittleren um mindestens 150 Mark gegen den Zustand von 1906 aufgebessert werden.

Abg. **Schröder-Cassel** (natlib.): Auch uns ist die Zustimmung zum Kompromiß sehr schwer geworden. (Lachen b. d. Soz.) Es liegt eben im Wesen des Kompromisses, daß alle Parteien Opfer bringen müssen. Die 17 Millionen mehr würden wir den Beamten ebenso gern bewilligen, wie die Sozialdemokraten; aber wer die Verhandlungen über die Deckungsfrage verfolgt hat, weiß, wie schwer es schon wird, die nötigen Mittel für den Kompromiß aufzubringen. Auch wir erwarten, daß nun endlich Beruhigung in den Beamtenkreisen eintritt.

Abg. Hirsch (Sozialdemokrat):

Meine Freunde haben es nicht nötig, sich an dem Wettbewerbe zu Gunsten der Beamten zu beteiligen. (Lachen rechts, Sehr gut! bei den Soz.) Den Beamten wäre es lieber gewesen, Sie hätten es nicht bei den Worten bewenden lassen, sondern hätten ihnen auch die Taten folgen lassen. Es ist ja keine angenehme Aufgabe, als letzter Redner Anträge zu begründen, die bereits von der Regierung und allen Parteien abgelehnt sind. Trotzdem halte ich es für notwendig, darauf einzugehen, weil wir überzeugt sind, daß die Beschlüsse des Kompromisses nicht genügen, um den Beamten einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewährleisten. Das Kompromiß ist zustande gekommen auf Kosten der schlechtest bezahlten Beamten. Es kann keine Rede davon sein, daß unsere Anträge aus agitatorischen Gründen gestellt sind. Ich bedaure, daß nicht nur Mitglieder des Hauses, sondern auch der Vertreter der Regierung uns solche Motive untergeschoben haben. Sie sollten wissen, daß wir mit einer Agitation unter den Beamten schon um deswillen nichts ausrichten könnten, weil die Beamten, die sich zu uns bekennen, doch entlassen würden. Wir haben nur beantragt, was leicht auszuführen ist. Sie können uns höchstens den Vorwurf machen, daß wir zu bescheiden gewesen sind. (Lachen rechts.) Man sagt, unsere Anträge erfordern zu viel Mittel. Die Summe von 17 Millionen hört sich gewiß groß an, aber Sie vergessen, daß über 100000 Beamte dabei in Betracht kommen. Es ist richtig, daß die Kommission über die Regierungsvorlage hinausgegangen ist und daß das Gehalt der allerschlechtest entlohnten Beamten gegen früher schon teilweise um 300 Mark aufgebessert wird. Aber wir sind eben der Meinung, daß dies entsprechend den heutigen Lebensverhältnissen bei den untersten Beamten nicht genügt. In der Tat sind auch die Hoffnungen, namentlich der unteren Beamten, schwer enttäuscht. Wir haben schweren Herzens darauf verzichtet, den untersten Klassen das Anfangsgehalt zu erhöhen, sondern wünschen nur eine Erhöhung des Endgehalts um 100 Mark. Die Bahnwärter z. B. sollen nach dem Kompromiß ein Gehalt von 1100—1300 Mark beziehen, dazu kommt ein Wohnungsgeldzuschuß von durchschnittlich 300 Mark. Bayern dagegen hat ein Anfangsgehalt für Bahnwärter von 1500 und ein Endgehalt von 1700 Mark. Dazu kommt, daß die Staatsarbeiter nicht das Koalitionsrecht haben und auch infolge des unerhörten Terrorismus der Regierung nicht von ihrem Wahlrecht freien Gebrauch machen können. Der Herr Finanzminister hat den Beamten, die von ihrem Petitionsrecht Gebrauch gemacht haben, agitatorisches Vorgehen vorgeworfen. Wer die Petitionen der Beamten liest, wird darin keine Begründung für einen solchen Vorwurf finden. Im übrigen kann ich es den Beamten auch nicht übel nehmen, wenn sie sich einmal im Ton vergehen, das kommt ja sogar hier im Hause bei hohen Beamten vor. Ich erinnere Sie daran, daß der Herr Minister, ohne uns gehört zu haben, unsere Anträge als agitatorisch bezeichnet hat. Nein, unsere Anträge sind aus rein sachlichen Gründen gestellt. Sie haben ja selbst zugegeben, daß Sie zum Teil unsere Anträge in der Kommission selbst eingebracht haben. Sind sie denn nur agitatorisch, wenn sie von uns gestellt werden? (Sehr gut! bei den Soz.) Was die Petitionen der Beamten anbetrifft, so petitionieren sie doch nicht zum Vergnügen, sondern um ihrer Familie willen. Mit 1100 Mark sollen die Beamten ihre Familie ernähren, ihre Kinder in die Schule schicken! usw. Was Bayern kann, sollte doch der größte Staat, Preußen können. Hier haben Sie Gelegenheit, zu zeigen, daß Preußen wirklich nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt vorangeht. Was für die Stellung der Mehrheit maßgebend, ist ja in der Kommission deutlich gesagt worden. Es ist die Rücksicht auf die Industrie. Sie fürchten, daß, wenn Sie den Beamten auskömmliche Gehälter geben, dann die Industriearbeiter, vielleicht auch die Landarbeiter, mit Berufung darauf höhere Lohnforderungen stellen würden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Anstatt den Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorzugehen, vorenthalten Sie den untersten Beamten mit Rücksicht auf die Unternehmer in der Industrie die durchaus notwendige Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Man sagt, das werktätige Volk kann eine höhere Belastung nicht vertragen. Aber es handelt sich gar nicht um die Belastung des werktätigen Volkes, sondern um die der Besitzenden. Glauben Sie wirklich, daß es so schwer wäre, aus den großen Vermögen noch die 17 Millionen aufzubringen? Wenn Sie den guten Willen dazu hätten, wäre das eine Kleinigkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie brauchten ja nur die Vermögenssteuer um ein wenig, vielleicht um ½ Prozent, zu erhöhen. Für Sparsamkeit sind wir auch, aber für Sparsamkeit am rechten Ort und nicht bei den Gehältern der schlechtest bezahlten Beamten. Wenn unsere Anträge abgelehnt werden, so haben Sie kein Recht mehr, davon zu reden, daß die Staatsbetriebe mustergültig sind. (Bravo! bei den Soz.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In der Abstimmung werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Beschlüsse der Kommission zur ersten Gruppe angenommen. Nur über eine Position wird die Abstimmung noch ausgesetzt, da noch ein Kompromißantrag in Bezug auf die Kanzleidiener des Abgeordnetenhauses eingehen soll.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Januar.

Geschichtskalender.

30. Januar.

1649 Hinrichtung Karls I. von England. — England wird Republik.
1781 Der Dichter Adalbert v. Chamisso *.
1815 Der Dichter Karl Gerok *.

Die gültige Stadtverordnetenwahl.

Der bewegteste Teil der gestrigen Stadtverordneten-Verhandlungen, der einem vorzüglichen Referat des Stadtverordneten Dr. Riemann über Breslaus Hochwassergefahr und Hochwasserschutz folgte, betraf den Wahlprotest im 30. Bezirk. Dabei hat das Simonsbier, welches wir gestern auf der ersten Seite unseres Blattes besprachen, zwar nicht zur Ungültigkeit des Mandats für seinen freigebigen Spender geführt, es dürfte ihm aber sehr sauer aufgestoßen sein, und auch noch für eine geraume Zukunft den Geschmack verderben. Der Wortkampf um dieses strittige Mandat gestaltete die gestrige Stadtväterversammlung zeitweise zu einem recht bewegten Gefechtsfelde. Sachlich und juristisch besprach Herr Feige die Rechtsfrage, einen teilweisen Schutz genossen dann aber die Reaktionäre durch die Beweisführung des Herrn Justizrat Heilberg. Der Freisinn kämpfte nämlich auch hier mit gebrochener Schlachtlinie; was Herr Heilberg mit erheblicher Rührung in Ton und Geberde als unumstößlich feststellte, wies ihm der eigene Parteifreund Wohlauer als unzutreffend nach. Zur Orientierung unserer Leser lassen wir hier einen genauen Bericht über die Verhandlungen folgen. Die Debatte eröffnete der Referent des Verfassungs-Ausschusses.

Stadtv. **Feige** (frs.). Er gibt zunächst den Inhalt des Protestes gegen die Wahl des Fabrikbesitzers Simon im 30. Bezirk wieder, ferner kommt er auf das Ergebnis der Beweisaufnahme zu sprechen. Wenn man die einzelnen Tatsachen würdigt, führt er dann weiter aus, so sind wir genötigt, uns an die Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts zu halten, wonach nicht jede Wahlbeeinflussung den Wahlakt ungültig macht, sondern nur diejenige, die einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl ausgeübt habe. Und wenn wir nach dieser Richtung hin die Sache prüfen, so wird unstreitig sein daß der Umstand, daß in einer Versammlung eine Tonne Bier aufgelegt wurde, kaum geeignet erscheint, auf die Arbeiter den Einfluß auszuüben, daß sie anders als sonst wählen würden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß schwache Gemüter dadurch verleitet werden können, ihre Ansicht zu ändern und anders zu wählen. Wenn man auch die Spendung des Freibieres nicht für geschmackvoll erklären kann, so wird man aber auch daraus eine ungehörige Wahlbeeinflussung nicht herleiten können. Das ist der erste Punkt des Protestes. Der zweite spricht davon, daß gewisse Einschüchterungs-Versuche gegen die Eisenbahner unternommen worden sind. Was da erwiesen ist, ist allzu flüchtig, als daß daraus entnommen werden könnte, es habe eine erhebliche Beeinflussung stattgefunden. Auch die Aeußerung des Stadtv. Stein zu dem Erheber des Einspruchs genügt nicht, um das zu beweisen. Anders wäre es, wenn der dritte Punkt, die Androhung der Entlassung von Eisenbahnern erwiesen wäre. Das könnte ein Punkt sein, welcher bei der nicht großen Stimmenmehrheit Simons als bedeutungsvoll bezeichnet werden müßte. Wir wissen aber nicht, ob der dafür genannte Zeuge Sobiella, der trotz zweimaliger Vorladung nicht erschienen ist, das bei seiner Vernehmung bestätigt hätte. Wir haben keine Mittel, den Zeugen zu einer Aussage zu bringen. Könnte erwiesen werden, das Maßregelungen von den Vorgesetzten angedroht wurden, so wird das Gericht vielleicht zu einer anderen Entscheidung kommen. Wir dürfen die Behauptung nicht als eine erwiesene annehmen. Daß die Aufforderung zur Teilnahme an der Versammlung mit dem Freibier im Waschraum der Eisenbahn-Werkstatt aushing, hat irgend einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl nicht; die Kontrolle der Eisenbahner bei der Wahl ist auch nicht erwiesen. So, wie die Sache nach all den Ermittelungen, glaube ich, daß uns nichts anderes übrig bleibt, als den Einspruch zurückzuweisen und die Wahl für gültig zu erklären. Dem Antragsteller müssen wir anheim geben, die Klage im Verwaltungs-Streitverfahren zu erheben.

Stadtv. Dr. **Wohlauer** (Jungfreisinn): Es ist unsere elementarste Pflicht, in jedem Falle die Unabhängigkeit der Wähler zu wahren und ihren freien Willen zur Geltung zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkte sind die Vorkommnisse bei der Wahl des Herrn Simon, wo man Wähler mit Freibier traktierte, eine ganz grobe Ungehörigkeit, die leider schon in Breslau Usus geworden ist. (Sehr richtig!) Wird auf Grund solcher Beeinflussungen eine Wahl beanstandet, so hat das Oberverwaltungs-Gericht in seinen Urteilen folgende Fälle unterschieden: Erstens solche, wo auf ganz bestimmte Wähler eingewirkt wurde, und zweitens, wo ein unbestimmter Kreis von Wählern in Frage kam. In diesem letzteren Falle erkannte das Ober-Verwaltungsgericht schon dann auf Ungültigkeit, wenn nur die Möglichkeit einer Beeinflussung vorlag. Und das haben wir hier! Mag auch die Behörde nicht direkt eingegriffen haben, so sind doch Beeinflussungen im Waschraum und in der Eisenbahner-Versammlung vorgekommen, die in den Beamten das Gefühl erwecken konnten, die Behörde wünsche von ihnen die Wahl Simons. Aus diesen Erwägungen heraus komme ich zu dem Ergebnis: Die Wahl des Herrn Simon ist ungültig! (Lebhaftes Sehr richtig! und Widerspruch.)

Stadtv. **Löwe** (Soz.): Es ist sehr bedauerlich, daß der Ausschußreferent, Herr Feige, die zweifellosen Wahlbeeinflussungen so auf die leichte Schulter nimmt, umsomehr, als auch seine Partei durch Manipulationen der gerügten Art oft getroffen wurde. Man weiß doch zur Genüge, wie in Breslau öffentliche Wahlen zustande kommen, ein einziges Beispiel illustriert das zur Genüge. Es gibt bei Wahlen mit öffentlicher Abstimmung in unserer Stadt noch kürzlich keinen sozialdemokratischen Schutzmann

(Bravo! laute Unterredungen), warten Sie nur ab; es gibt aber auch nicht einen einzigen freisinnigen Schutzmann, es gibt auch keinen nationalliberalen Schutzmann, ja, es gibt auch nur solange klerikale Schutzleute, als das holde Einvernehmen zwischen Zentrum und Konservativen besteht. (Große Heiterkeit.) Sonst gibt es nur konservative Schutzleute, genau mit der Gesinnung, als sie der Polizeipräsident auffällig auch besitzt. Gleichartig wie die Uniform ist — bei öffentlicher Wahl — ihre politische Ueberzeugung. Im 23. Bezirk machte ein konservativer Beisitzer den anwesenden Kommissarius flüsternd aufmerksam: „Es war ja noch keiner da?" und er erhielt die prompte Antwort: „Sie werden schon kommen." Es dauerte garnicht lange, Oktuli, da kamen sie! (Gr. Heikt.) Im Gänsemarsch und einer hatte dieselbe kommunalpolitische Ueberzeugung wie der andere! Glaubt denn ein Mensch, daß diese Uniformität der Stimmabgabe der freien Ueberzeugung dieser Leute entspricht? (Unruhe. Rufe: Jawohl!) Na, die geheimen Wahlen beweisen es Ihnen ja, daß diese öffentlichen Abstimmungen auch Kommandos brauchen, die in vorsichtiger Weise abgegeben werden! (Unruhe.) Dasselbe Manöver versuchen Sie auf die Post-, Steuer-Verwaltungs- und Eisenbahnbeamten auszudehnen und dann schließlich erdreistet man sich, auch bei den staatlichen Arbeitern mit der Schurigelei der freien Gesinnung anzufangen. (Unruhe. Ruf: Zur Sache.) Herr Dr. Herschel, was zur Sache gehört, entscheidet der Vorsteher, nicht Sie! — Die Sache beginnt also hier damit, daß Herr Simon, wie er selbst zugibt, zu hohen Beamten der Eisenbahnverwaltung läuft und dort um „Unterstützung" für seine Wahl bittet. Wie kommt Herr Simon auf den Gedanken? Welche Hoffnungen hegt er bei solchem Gange? Wer riet ihm zu diesem Liebeswerben bei der Behörde, und welche „Unterstützung" hat er erwartet? Mit anerkennenswerter Korrektheit antworten ihm die höheren Beamten: da können wir nichts machen — aber die mittleren oder unteren richten sich nach dieser Auskunft nicht. Zuerst erscheint die Freibier-Einladung im Waschraum. Wie lange wäre wohl eine Versammlungs-Einladung für unseren Genossen Wiener dort hängen geblieben? In der Duldung lag schon eine gewisse Begünstigung. Dann heißt der Materialienverwalter Ehrlich die Eisenbahner willkommen und der Wahltrunk beginnt. Aber nicht genug damit. Als die Hälfte des Bierweges [illegible] zieht Herr Ehrlich Bleistift und Papier aus der Tasche und fordert die Anwesenden auf, ihren Namen aufzuschreiben, wenn sie die Absicht haben, Herrn Simon die Stimme zu geben. Das grenzt doch an Stimmenkauf und ein solcherweise erworbenes Mandat ist unmöglich rechtmäßig zustande gekommen. Ist doch die Breslauer Landtagswahl von 1898 für ungiltig erklärt worden, weil unser Kassierer den Wahlmännern die Arbeitsverlust-Entschädigung in einem Nebenraum auszahlte. Die Wahl Schwabachs wurde beanstandet, weil Freibier und Freischnaps eine Rolle im Wahlkampf gespielt haben sollen und im Nachbarkreis Oels-Wartenberg liegt ein Wahlprotest vor, in dem sich sogar die Antisemiten über Freibier und Schnaps beschweren! Wollen Sie aus diesem Unrecht ein Recht machen, wenn es gegen uns verübt wird? — Beim kühlen Trunk teilt jetzt Herr Simon den Eisenbahnern mit, man wisse wohl, daß bei der Hauptwahl einige Bahner Wiener und Rother (im 29. Bezirk) gewählt haben, so etwas dürfe die Behörde doch nicht dulden, sie würde die betreffenden wohl maßregeln. Ist das keine Einschüchterung? Die Wählerliste, fährt er fort, müßte zur Anwesenheitskontrolle eigentlich der Behörde eingereicht werden — dadurch erfährt sie natürlich nicht nur, ob der Angestellte gewählt, sondern auch wie er gewählt hat. Herr Stein kündigt an, daß „das weitere schon im Gange" ist und der Zenoge, Rangierer Sobiella, der sich über Drohungen seitens seines Vorgesetzten beklagt, ist merkwürdigerweise zu keiner Vernehmung zu bekommen! Um diese ganze Kette von Beeinflussungen handelt es sich hier für uns, nicht um die juristisch einwandsfreie Fixierung des einzelnen Falles. Sie sollen entscheiden, ob ein Mann würdig ist, als Stadtverordneter zu wirken, der auf solchem Wege sein Mandat erworben. (Unruhe.) Wenn Sie ja sagen, dann öffnen Sie der unwürdigsten Agitation die Tür. Im vorliegenden Falle war unser Kandidat Wiener, ein alter verdienter Genosse und sicher Abstammung — das gab den Ton für die Freibierwahlrede. Da wurde nicht nur der „Jude Pfeffer", der die vielen Grundstücke besitzt, der „Jude Barasch" und seine Privatausgaben als konservatives Wahlpulver benutzt, man ging noch weiter. Nach dem 1. Glas Bier war der Oberbürgermeister ein Judenfreund, nach dem 2. von Juden abhängig, nach dem 3. ein getaufter Jude (stürmische Heiterkeit), denn er habe das Sinnen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" bei der Abgeordnetenwahl verboten! Herr Simon meint allerdings auch, die Stadtverordneten mit den vielen Reden seien durchaus nicht die besten, die wollen sich manchmal nur in den Zeitungen lesen — ob er damit seinen Vorgänger gemeint hat, kann ich nicht beurteilen. (Große Heiterkeit. Die Liberalen brauchen also nicht wegen des Herrn Stein mit seinem Schächtverbot für die Giltigkeit zu stimmen sie sind um nichts gebessert. Nun ist auch gesagt worden, von Wahlterrorismus sind auch diejenigen nicht frei, die hier Protest erheben. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Ihr „Sehr richtig" habe ich erwartet und habe darauf folgendes zu erwidern: Wir treten immer und an jeder Stelle für das geheime Wahlrecht ein, das jeden Terrorismus ausschließt. Wir haben für das Wahlkostett, für die geheime Wahl in den Bundesstaaten fest mit. Können Sie es aber den Arbeitern verdenken, wenn sie sehen, wie Beamte, Staatsangestellte, Geistliche von den Mächtigen jahraus jahrein terrorisiert werden, daß sie eines Tages sagen: „Wie Du mir, so ich Dir"? Helfen Sie uns die öffentliche Wahl abschaffen und Sie sind im Nu jeden Terrorismus los! Die Konservativen sollten um ihrer selbst willen das Mandat für unailtig erklären, sie müßten sehr unangenehme Konsequenzen ziehen. Herr Stein hat gesagt, er könne nicht mehr kandidieren, weil ihm die Wahl das vorige Mal 700 Mk. gekostet habe und die habe er kein zweites Mal übrig. (Bewegung.) Sie werden also nur noch reiche Leute aufstellen können und Herr Simon hat anscheinend mehr Geld als Herr Stein um Freibier zu zahlen. (Unruhe.) Auch Herrn Simon zu Liebe der hier immer unter dem Odium der unrechtmäßigen Wahlmacher stehen wird, ersuche ich Sie: Erklären Sie diese Wahl für unailtig! (Vereinzelter Beifall.)

Stadtv. **Stein** (Antisemit): Ich bin ja auch in gewissem Sinne an der Wahlbeeinflussung beteiligt. Zunächst bestätige ich, daß ich zu dem sozialdemokratischen Wahlmacher in der Tat gesagt habe, die Beamten dürften keinen Sozialdemokraten wählen, wenn sie ihre Stellung nicht verlieren wollten. Aber das war nur ein Privatgespräch in einer Ecke, und dann war der Mann ja aus einem ganz anderen Bezirk. (Zurufe: Ist nicht wahr! War Wähler desselben Bezirks!) Die sozialdemokratischen Agitatoren werden sich doch schließlich nicht von mir beeinflussen lassen, wie sie zu wählen haben! (Gelächter.) In der betreffenden Eisenbahner-Versammlung bin ich nicht gewesen. Aber ich behaupte: Das was herausgetragen wurde, hat ich nicht so abgespielt. (Stürmische Zurufe: Wo sind Ihre Beweise?!) Es ist doch eine ganz persönliche Sache, wenn ein Beamter seine Kollegen oder seine Untergebenen zu einer solchen Versammlung einladet; das ist doch keine Beeinflussung! Die Behörde hat überhaupt nicht eingegriffen; im Gegenteil, bei allen Wahlen hat sie sogar unter Fortzahlung des Lohnes den Arbeitern Zeit gegeben, zur Wahl zu gehen. (Lautes Lachen; Zuruf: Das ist ja großartig!) Nun, die privaten Geschäftsleute tun das nicht alle! Wenn die Sozialdemokraten fortwährend mit ihrer geheimen Wahl kommen, so kann ich Ihnen nur sagen, daß diese durchaus nicht allein zu ihrem Vorteil wäre. Das hat man ja bei der letzten Reichstagswahl gesehen! (Zuruf: Stimmenzuwachs!) (Zu den Sozialdemokraten): Nirgends wird der Wahlterrorismus so ausgeübt, wie bei Ihnen! (Zurufe: Sie leben ja davon! Der hat ja keine Ahnung!) Die kleinen Leute mit Arbeiterkundschaft mußten unter Aufsicht der Sozialdemokraten wählen und wurden zur Urne geschleppt, und wenn etwa ein Schuhmachermeister nicht mitmachte, so bekam er schon vom nächsten Tage an keine Arbeiterstiefel zum Besohlen mehr! (Stürmisches Gelächter. Zuruf: Das sagt der 700-Mark-Stein!) Stein, erregt fortfahrend: Ja, hinter uns steht keine Partei, die den armen Leuten die Groschen aus der Tasche zieht! Bei uns muß der Einzelne Opfer bringen: wir haben keinen Wahlfonds wie die Freisinnigen und Sie (zu den Sozialdemokraten) knöpfen die Gelder den Arbeitern vom Wochenlohne ab! (Zuruf: Aber sie geben es gern, weil sie noch Idealismus haben!) Mir ist die geheime Wahl schon recht, aber gleichzeitig müßte auch die Wahlpflicht eingeführt werden. Dann haben wir keine Angst, dann würde sich der größte Teil der Wähler für die rechtsstehenden Parteien entscheiden, und wir hätten die Majorität, nicht die Freisinnigen! (Stürmisches Gelächter.)

Stadtv. Justizrat **Heilberg** (blockfreisinnig): Im vorliegenden Falle handelt es sich nicht um das Wahlrecht und die Wahlpflicht, sondern um die recht nüchterne Frage, ob die Wahl des Herrn Simon giltig ist oder nicht. Und da werde ich meine Meinung, selbst auf die Gefahr hin, von den Sozialdemokraten in gewohnter Weise heftig angegriffen zu werden, deutlich sagen. Wahlbeeinflussung und Wahlterrorismus ist mir gleich widerwärtig, gleich, von welcher Seite das ausgeht. Aber wenn die Sozialdemokraten mit ihrem bekannten Argument von der Notwehr kommen und gegen solche verdammungswürdigen Mittel mit gleichen Mitteln ankämpfen wollen, so sehe ich darin nur den Beweis, wie sehr unser öffentliches Leben heruntergekommen ist. Schämen sollten sich die Herren, die den Terrorismus verteidigen. (Lachen bei den Soz.) Es ist an sich ganz gleichgiltig, ob Herrn Stein seine Wahl 700 Mark gekostet hat oder nicht — es hätte ihm nichts geschadet, wenn er 7000 Mark dafür ausgegeben hätte (Heiterkeit), aber die Kosten sollten nach allgemeinem Brauch die Wähler tragen, die die Wahl vorbereiten. Der Grundsatz der Konservativen, daß die Gewählten ihre eigene Wahl bezahlen, führt zu einer Erniedrigung des öffentlichen Lebens. Er ist dem Stimmenkauf gleich zu achten und führt dazu, daß sich nur Wohlhabende zur Uebernahme eines Mandats bereit erklären können.

Ich muß offen zugeben, daß das Traktieren mit Freibier ein widerwärtiges und verdammenswürdiges Mittel ist, und ich hätte nur gewünscht, daß die Arbeiter, die von dem Freibier tranken, überhaupt nicht zur Wahl gegangen wären. Das unqualifizierbare Ansinnen des Herrn Simon an die Eisenbahnbehörde ist aber von dieser zurückgewiesen worden, und den einzelnen Beamten kann man doch nicht verbieten, sich an der Wahlagitation zu beteiligen! Die Dinge stehen leider folgendermaßen: Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, jede ungehörige Wahlbeeinflussung, die Erfolg gehabt haben kann, macht jede Wahl ungiltig. Da könnte man ja die Ungiltigkeit jeder Wahl, bei der Konservative oder Sozialdemokraten gewählt wurden, bewirken! Die Aeußerung des Herrn Stein, daß alle Beamten entlassen würden, die für einen Sozialdemokraten stimmen würden, enthält eine sehr traurige Wahrheit. Alle Achtung vor der Autorität des Herrn Stein in gewissen Kreisen: wo er aber nur das ausspricht, was alle Spatzen längst von den Dächern pfeifen, so kann doch darin keine Beeinflussung erblickt werden! Die Vorladung des Sobiella, der bei den Wahlprüfungen nicht erschien, wird vielleicht beim Verwaltungsstreitverfahren erfolgen, wo er zum Erscheinen gezwungen werden kann. Ergibt sich dann, daß die Aeußerungen des Vorstehers Ehrlich tatsächlich gefallen sind, dann werden die Herren einmal bis auf die Knochen blamiert sein; dann haben wir zu dem Verwaltungsstreitverfahren das Vertrauen, daß es in all die dunklen Winkel hineinleuchten und die Wahl des Herrn Simon kassieren wird. Heute aber, wo uns keine Beweise ausgeliefert sind, können wir das nicht tun; wir wissen nicht, ob jene Behauptungen richtig sind. Ich sehe die Angelegenheit ganz vom Parteiinteresse losgelöst, für mich hat die Göttin Themis eine Binde vor den Augen. Die mangelnden Beweise veranlassen mich, für die Giltigkeit der Wahl des Herrn Simon einzutreten. (Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag **Mugdan** (lib.) verlesen und vom Antragsteller damit begründet, daß die Sache genügend klar sei. Stadtv. **Löbe** bekämpft den Antrag. Nichts sei wichtiger für die Stadtverordnetenversammlung, als die Feststellung, wie die Wahl ihrer Mitglieder zustande kommt. Außerdem sei es unloyal, den so heftig Angegriffenen die Antwort abzuschneiden. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

In seinem Schlußwort betont der Referent Stadtverordneter Feige, er habe entschieden, wie er glaubte als unparteiischer Richter entscheiden zu müssen. Da stehe die Angelegenheit so, daß ein stichhaltiger Grund zum Kassieren der Wahl Simons nicht gegeben sei. Wollten wir dem Einspruch-Erheber folgen, dann müßten sehr viele Wahlen für ungiltig erklärt werden. Es ist auch nicht so wichtig wie wir entscheiden, weil unsere Entscheidung ja nicht eine endgiltige ist. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Sache weiter verfolgt und vor die Gerichte gebracht würde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde die Wahl im 30. Bezirk für gültig erklärt. Soweit festzustellen, stimmen nicht für die Gültigkeit die Stadtverordneten Wohlauer (Jungfreisinn), Hein (freis.), Ollendorf (freis.), Schütz II (freis.), Goldschmidt (freis.), Neisser (sozlib.), Weide (kons.) und die Sozialdemokraten.

Herr Heilberg, der, wie oben ersichtlich, eine fulminante Standpauke an die Sozialdemokratie hielt, besitzt in Herrn Mugdan einen lieben und geschätzten Kollegen. Sobald der Herr Justizrat seine Rede beendet hat, begibt sich der Parteifreund zum Vorsteher und fabriziert einen Schlußantrag, um Herrn Heilberg vor einer Erwiderung zu schützen. Der vorigewandte Führer des Freisinns heißt dies Verfahren willkommen, mindestens tritt er ihm nicht entgegen, sondern nützt den darin liegenden, freilich nicht ganz fairen Schutz für sich aus. So sicherte er sich denn auch gestern dagegen, daß Genosse Löbe den feurigen Gegner des Terrorismus an einen Vorfall im großen Börsensaal erinnerte, allwo an seinem Vorstandstische ein antisemitischer städtischer Lehrer mit Namen, Beruf und Wohnung in Gegenwart von Stadträten und anderen Vorgesetzten bloßgestellt wurde. Schämen müssen sich die Herren, die diesem Beginnen mit Ruhe zusahen, würde Genosse Löbe Herrn Heilberg vielleicht zugerufen haben, um ihm zu zeigen, daß er seine Entrüstung auch ganz bequem an eine andere Stelle leiten konnte, ebenso wie er die mit einem gewissen Neid behandelte heiteren Partien der sozialdemokratischen Beschwerde dadurch wohlgefällig mitmachte, daß er Herrn Stein eine Wahlausgabe von 7000 Mark wünschte. Diesen letzteren Herrn Stein aber, der den abgetrabten Klatsch von den Arbeitergroschen wiederholte, hätte man daran erinnern müssen, daß er in zwei Jahren Angestellter des Militäranwärter-Vereins sein, also von den Militäranwärtergroschen leben will.

Die Eisenbahner, welche uns um unseren Schutz vor Beeinflussungen gebeten haben, mögen aus Vorstehendem ersehen, daß die Sozialdemokratie sie nicht im Stiche läßt. Soweit sie sich noch zur freisinnigen Parteiauffassung bekennen, mögen sie die sich von selbst ergebenden Folgen ziehen. Wir gedenken auch in Zukunft unseren Mann zu stehen, um die Wahlfreiheit aller Abhängigen zu schützen, für dieses Bestreben aber war die gestrige Debatte von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Den Simonesen ins Stammbuch.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde wiederholt (siehe den Bericht an anderer Stelle) erklärt, es sei keine Wahlbeeinflussung, wenn die Eisenbahn ihren Arbeitern eine Stunde frei gebe und ihnen diese Zeit vergüte, denn das täte sie bei allen Wahlen. Demgegenüber sind wir in der Lage, klipp und klar nachzuweisen, daß dieser Urlaub nicht nur eine Beeinflussung, sondern sogar eine Gratifikation für das königstreue Wählen darstellt. Unter dem 13. Februar 1894 hat das Eisenbahn-Ministerium an alle Verwaltungen einen Erlaß gerichtet, der folgenden interessanten Wortlaut hat:

> Die durch den Erlaß vom 19. v. M. — P. IV (I) 10.398 — erteilte Ermächtigung, den bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeitern für die durch Ausübung ihres Wahlrechts versäumte Arbeitszeit auch bei künftigen Wahlen eine Lohnvergütung zu gewähren, soll sich, wie ich der Königlichen Eisenbahndirektion auf den Bericht vom 3. d. M. — I. A. 762 — erwidere, nur auf die Landtagswahl beziehen. Für die Reichstagswahlen besteht zum Erlaß einer entsprechenden allgemeinen Anordnung kein Bedürfnis.
>
> Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Damit ist deutlich gesagt, daß bei geheimen Wahlen, wo die Eisenbahner anders als konservativ wählen könnten, kein Urlaub zu geben ist. Das Wahlrecht ist aber da, damit es ausgeübt wird. Wenn die Eisenbahn das bei der schimpflichen öffentlichen Wahl gestattet und bei der geheimen nicht, so bedeutet das nichts weiter, als daß man das konservative Wählen mit dem Betrag eines Stundenlohnes bar bezahlt. Wenn das kein Stimmenkauf, keine Wahlbeeinflussung ist, dann allerdings ist des Simons Mandat einwandfrei zustande gekommen. Dann sind es aber die Mandate zur — Tammanny-Hall, diesem käuflichsten aller amerikanischen Parlamente, auch!

---

* **Ist das auch keine Wahlbeeinflussung?** Vor einigen Monaten ging, woran wir gewisse Breslauer Stadträte erinnern möchten, folgende Notiz durch die hakatistische Presse:

„Eine polnische Wählerversammlung, die an polnische Zustände erinnert, fand in Kosten in Posen am letzten Sonntag statt. Schon viele Stunden vor Beginn der Versammlung war das Hotel Viktoria und alle Nebenräumlichkeiten von den Guisinnen des Herrn von Tyczanowski-Chorin besetzt. Auf dreißig Wagen hat von Tyczanowski, wie er selbst erzählte, vierhundert Leute zu der Versammlung gebracht. Im Hotel Viktoria wurden für dreihundert Leute Wurst und Semmel bestellt. Da die Vorräte nicht reichten, mußten in der ganzen Stadt die Vorräte aufgekauft werden. Als dann der bisherige Abgeordnete, Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski-Posen, einen Rechenschaftsbericht erstatten wollte, erhob sich ein stürmischer Protest. Es entspann sich darauf eine sehr lange und heftige Diskussion, die sich namentlich um die Kandidatur von Dziembowski drehte. Schließlich wurde die Kandidatenliste des Komitees verworfen und diejenige des Rittergutsbesitzers von Chłapowski angenommen. Darauf erklärte Abg. Dr. Alfred von Chłapowski, daß er aus dem Komitee austrete, weil er vor gekauften Leuten nicht sprechen wolle!"

Herr Simon aber hat, so sagt die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung „nur eine Tonne" Bier spendiert. Worauf zu erwidern ist, daß die auch nur für vierzig Leute bestimmt war, anstatt für 400 und — daß diese eine Tonne der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist und die anderen nicht.

* **Achtung, Bauanschläger!** Auf den Bauten Gottschallstraße 27, 29 und 30 sind mit dem Unternehmer Mai Lohndifferenzen ausgebrochen. Die betreffenden Bauten sind bis auf weiteres für organisierte Bauanschläger gesperrt.

* **Wegen Mißhandlung ihrer Tochter,** der 12jährigen Hedwig Langer hatte sich die Sattlerfrau Emilie Winkler vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Das seinerzeit unehelich geborene Mädchen war bis zum 11. Lebensjahre von seiner Großmutter erzogen worden, bis seine Mutter sich verheiratete und es zu sich nahm. Nun begann für das arme Kind, das übrigens an Knochentuberkulose leidet eine böse Zeit. Schläge erhielt es nicht zu wenig, wie Mitbewohner des Hauses durch die Zimmerdecke hindurch hören konnten. Eines Tages kam das Kind hilfeflehend zu der eine Etage tiefer wohnenden Familie. Es waren ihm drei Zähne ausgeschlagen worden und an einer Stelle war der Schlüsselbeinknochen von Haut und Fleisch entblößt. Das Kind erzählte von den vielen Schlägen, die es fortgesetzt von seiner Mutter erhalte. Die Verletzung am Schlüsselbein sollte daher rühren, daß die Mutter das Mädchen gegen die Türklinke geschleudert hatte. Der Fall war dann durch den städtischen Generalvormund zur Anzeige gebracht worden.

Vor Gericht bestritt die Angeklagte, sich schuldig gemacht zu haben. Die Zähne seien schlecht gewesen und hätten infolge der Knochentuberkulose nicht festgesessen. Sie seien deshalb ausgefallen als sie dem Mädchen wegen einer Ungezogenheit eine Ohrfeige gegeben habe. Als sie bei einer anderen Gelegenheit das Mädchen mit einem Teppichklopfer habe schlagen wollen, sei dieses dem Schlage ausgewichen und dabei an die Türklinke gerannt. Daher rühre die Verletzung am Schlüsselbein.

Das Kind, das als Zeuge vernommen werden sollte, bat nur, nicht mehr zur Mutter zurück zu dürfen und verweigerte im übrigen die Aussage. Andere Zeugen hatten die Mißhandlungen nicht direkt mit angesehen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. In dem Ausschlagen der Zähne, das von der Angeklagten selbst zugegeben wurde, liege sicher eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, wenn auch sonst infolge der Zeugnisverweigerung des Kindes nichts als erwiesen gelten könne. Das Gericht kam indes zur Freisprechung. (!) Eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes könne nicht als erwiesen angenommen werden, vielmehr sei es nicht gänzlich ausgeschlossen, daß das Kind die Zähne bei einer gewöhnlichen Züchtigung verloren habe, insbesondere da das Vorliegen von Knochentuberkulose ärztlich bestätigt sei. Die Angeklagte wurde deshalb mit der Mahnung entlassen, sich den Fall zur Warnung dienen zu lassen, denn in künftigen Fällen könne eine Mißhandlung doch schließlich erwiesen werden.

Wenn nur der Staatsanwalt nicht etwa Berufung einlegt. Nach unserer Auffassung sind Schläge überhaupt kein Erziehungsmittel für Kinder, am wenigsten aber für ein krankes Mädchen. Und wir glauben auch nicht, daß das Ausschlagen von einigen Zähnen durch „ein paar leichte Ohrfeigen" von der Berufungsinstanz als eine „erlaubte Züchtigung" eines kranken Kindes angesehen werden würde.

Aus Schlesien und Posen.

Striegau, 29. Januar. Wenn zwei dasselbe tun. Am Mittwoch Abend fand hier wieder eine Demonstration statt und zwar unter dem Schutze der Pickelhauben. Zu dem am genannten Abende von den Patrioten veranstalteten Zapfenstreich waren nicht weniger als 6 Berittene und 4 Fußgendarmen aus den Nachbarorten zusammengezogen worden, um, wie der freisinnige Kreber schreibt: Unruhen vorzubeugen; jedoch sollen sich die Leute sehr ruhig verhalten haben. An der Spitze und am Schlusse des Zuges waren Berittene, an den Seiten marschierten die Fußgendarmen und die Polizisten. Doch die Sozialdemokraten kamen nicht, die kommen, wenns niemand erwartet, am allerwenigsten aber an einem solchen Tage. Die Mehrheit der Einwohner von Striegau sind Sozialdemokraten. Wenn also die Mehrheit demonstriert, um ihr Recht zu fordern, dann erscheint die Polizei, um dieses zu verhindern, wenn aber die Minderheit demonstriert, um sich einmal angaffen zu lassen, dann erscheint noch mehr Polizei, um die Demonstranten unter ihre Fittige zu nehmen und das von Rechts wegen.

— Unglücksfall. Beim Schlittschuhlaufen in der Badeanstalt kam die 13jährige Tochter des Gendarmen Schön zu Fall und zog sich einen Bruch des linken Unterschenkels zu.

Saarau 28. Januar. Tödlicher Sturz von der Treppe. Die Treppe heruntergestürzt ist der 35jährige Fabrikarbeiter Gustav Keil von hier, Schweidnitzerstraße 23 wohnhaft. K., welcher in der Dunkelheit die kurze schmale Treppe herunterfiel und sich das Genick abgestürzt hat, war sofort tot.

Liegnitz, 23. Januar. Ein roher Alt. Zu der im hiesigen „Tageblatt" in voriger Woche gebrachten Notiz, den Todesfall des Maurers Hoffmann betreffend, erfahren wir jetzt das folgende: Aus der Destillation von Cohn an der Sportplatzecke kam der Hoffmann und ging in das nebenan gelegene dem Fleischermeister Wartschei gehörige Grundstück, woselbst er eine Notdurft verrichtete. Das bemerkte Wartschei, trat an Hoffmann heran und schlug ihn mehrere Mal über den Kopf, sodaß Hoffmann hinstürzte und mit dem Kopf auf das Pflaster schlug. Besinnungslos wurde er in das Kreiskrankenhaus gebracht, weil sich nach Ansicht der Polizei Delirium eingestellt hatte. Die Sache hätte kein Nachspiel, wenn nicht ein im Hause wohnender Offizier durch die Todesanzeige aufmerksam geworden wäre und die Polizei von den Taten des Fleischermeisters in Kenntnis gesetzt hätte. Inzwischen haben Vernehmungen stattgefunden. Nach Lage der Dinge sieht der Fleischermeister Wartschei, der als gewaltig von Hausbewohnern geschildert wird, seiner Bestrafung entgegen.

Rudelstadt, Reg.-Bez. Liegnitz, 28. Januar. Durch Ueberfahren getötet. Im benachbarten Wernersdorf verunglückte der Kutscher J. Seipelt dadurch, daß er von einem mit Knüppeln beladenen Wagen 10 Schritte vor seiner Behausung überfahren und sofort getötet wurde. Seipelt war ein tüchtiger, fleißiger, nüchterner Arbeiter.

Glogau, 29. Januar. Ein fetter Bissen. Die Herrschaft Alt-Strunz, über 4000 Morgen groß, mit großer Dampfbrennerei und schönem Schloß, im Kreise Glogau in Schlesien gelegen, ist durch Kauf in den Besitz der polnischen Parzellierungsbank von Trempczynski u. Langner (Inhaber Biedermann) übergegangen. Der Besitz soll aufgeteilt werden.

Neusalz a. O., 29. Januar. Ueber einen kleinen Sittenskandal berichtet das hiesige „Stadtblatt": Eine hiesige Hüttenarbeiterfamilie vermißte seit ungefähr 14 Tagen ihre ca. zwanzigjährige Tochter. Sie hielt sich seit dieser Zeit mit noch einem gleichaltrigen Mädchen bei dem hiesigen verheirateten Photographen B. und seinem Gehilfen auf, dem sie als Modell für obscöne Bilder diente, die der Gehilfe an das Publikum vertrieb. Den Vater des Mädchens, der sein Kind holen wollte, bedrohte der Photograph mit einem geladenen Revolver. Die Polizei hat das Nest ausgenommen, Amtliche Aufnahmen und Platten beschlagnahmt und leitet ein Verfahren gegen die Urheber dieser Skandalaffäre ein.

Bunzlau, 29. Januar. Im Dienste der Partei verunglückt. Der langjährige Zeitungskolporteur Genosse August Romer erlitt am Montag einen äußerst bedauerlichen Unfall. In einem Hause der Zollstraße, das, wie man es jetzt leider oft antrifft, schlecht erleuchtet war, kam unser alter Genosse zu Falle und zog sich einen Beinbruch zu. Der auf so schwere Weise Verunglückte wurde bewußtlos von der Unfallstelle fortgetragen und dem Krankenhause zugeführt. — Dieser Unglücksfall wird für den Besitzer des Hauses noch unangenehme Nachwirkungen haben. Er wird für den entstandenen Schaden haftbar gemacht werden. Hoffentlich zieht er aus diesem Vorfall die Lehre und beleuchtet in Zukunft die Treppen besser. Auch andere Hauswirte, die ihren Verpflichtungen in Punkto Beleuchtung nur sammelig nachkommen, mögen sich diesen Vorfall als Warnung dienen lassen.

Sorau (Schles.), 29. Januar. Aus dem Gefängnis entflohen. Der von der hiesigen Strafkammer zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilte Einbrecher Stock-Lina ist aus dem hiesigen Gefängnis ausgebrochen.

Sagan, 29. Januar. Selbstmord. Im Garten des Wiener Café erschoß sich in vergangener Nacht der Kaufmann Bog von der Sorauerstraße, nachdem er vorher noch in Gesellschaft ausgelassen und guter Dinge war.

Kudowa, 29. Januar. Von einem Wildschwein angefallen und arg zerbissen wurde in den Gräflich Choltzschen Forsten bei Moraschitz der Jäger Mica. Eine Jagdgesellschaft stellte dem Eber, dessen Spuren man seit einigen Tagen verfolgt hatte, nach und es gelang, das Tier zu verwunden, worauf sich dieses ins Gebüsch verkroch. Mica trat an das Gebüsch heran in diesem Augenblick sprang der Eber heraus und stürzte sich auf M. und brachte ihm schwere Verletzungen bei. Zum Glück gelang es einem anderen Jagdteilnehmer, das Tier bald durch einen Schuß zu töten.

Karf, 29 Januar. Opfer der Grube. Auf der Karstenzentrumgrube ist der Arbeiter Kenly von hier unter rangierende Wagen der Hauptbahn geraten, sodaß ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde.

Brieg, 29. Januar. Gesunkener Kahn. Donnerstag früh wurde ein Kohlenkahn im alten Unterkanal vom Grundeis auf einer Seite in die Höhe gehoben, sodaß auf der anderen Seite das Wasser über Bord schlug und den Kahn langsam zum Sinken brachte. Das Schiff ragt nur noch mit dem schmalen Rande einer Bordwand aus dem Wasser. Der Schiffer rettete seine Sachen, sowie die Taue und Segel.

Kl.-Neudorf (Kr. Brieg), 29. Januar. Tödlich verunglückt ist am Montag eine galizische Arbeiterin im Alter von 18 bis 19 Jahren, die seit Dezember vorigen Jahres beim Gutsbesitzer Giersberg hier im Dienste stand. Sie wurde von der Transmissionswelle erfaßt, mit dem Kopf auf die Tenne bezw. auf die Tennenwand geschleudert und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, woran sie am anderen Morgen starb. Ob die Verunglückte selbst die Schuld trifft oder unvorschriftsmäßige Transmissionsverkleidung, konnte noch nicht festgestellt werden.

Lossen, 29. Januar. Tod durch Ueberfahren. Ein schrecklicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich am Mittwoch gegen 4 Uhr Nachmittag auf hiesiger Dorfstraße. Der in Thalers Tonwerke zu Löwen bedienstete Kutscher Wurm, welcher nach dem hiesigen Post-Neubau Ziegeln fuhr, glitt beim Aufsteigen ab, so daß ihm der schwer beladene Ziegelwagen über Brust und Kopf ging und der Tod auf der Stelle eintrat. W. hinterläßt eine Witwe mit sechs unversorgten Kindern.

Neustadt OS., 28. Januar. Gespart muß werden. Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports und fahrlässiger Körperverletzung hatten sich vor der Strafkammer der Bahnhofsaufseher Jawadzki aus Dittersdorf und ein Hilfsweichensteller Schmidt aus Deutsch-Rasselwitz zu verantworten. Am 6. August v. Js. stieß der um 2,24 Uhr Nachmittags von Deutsch Rasselwitz nach Neustadt fahrende Personenzug kurz hinter Deutsch Rasselwitz an der dortigen Kurve mit einem Kleinwagen zusammen, der einen Trupp Telegraphenarbeiter, welche in Deutsch-Rasselwitz zu tun hatten, dahin befördern sollte. Da der Lokomotivführer des Personenzuges den Kleinwagen rechtzeitig bemerkte, hatte er den Zug zum Stehen gebracht, jedoch war ein Zusammenstoß mit dem Kleinwagen infolge des starken Gefälles nicht zu vermeiden, da derselbe gegen die Lokomotive anfuhr. Die Arbeiter vermochten noch abzuspringen, wobei jedoch zwei zu Falle kamen und sich leichtere Verletzungen zuzogen. Der Materialschaden war nur gering. Die beiden Angeklagten trugen die Schuld an der Abfassung des Kleinwagens, der sich zu jener Zeit überhaupt nicht auf dem Geleise befinden durfte. Der als Fahrdienstleiter an der Haltestelle zu Dittersdorf angestellte J. entschuldigte sich mit großer Arbeitsüberbürdung, derentwegen er schon vor 2 Jahren bei der vorgesetzten Behörde vorstellig geworden sei, Gleiches aber vergeblich. Auch in der Beweisaufnahme wurde bestätigt, daß er den ihm aufgebürdeten Dienst regelrecht gar nicht versehen kann. Trotzdem wurden beide Angeklagte dem Staatsanwaltsantrage gemäß zu je 15 Mark event. 3 Tagen Gefängnis verurteilt. — So rächt sich das Sparsystem des preußischen Bahnfiskus, während ungezählte Arbeitskräfte müßig sein müssen, weil sie keine Arbeit finden können.

Neustadt OS., 29. Januar. Mord. In Schmitsch hiesigen Kreises erschlug der Ortsarme Johann Mann in der Nacht zum Donnerstag den mit ihm in derselben Stube des Armenhauses wohnenden Tischlermann Anton Heinze im Schlaf mit einem Beil. Der Mörder wurde verhaftet.

Opalenitza OS., 29 Januar. Auf dem Stuhle verbrannt. Die Witwe Antonie Onderek in Trzionka Gut ist in ihrer Wohnung völlig verbrannt auf dem Erdboden liegend als Leiche aufgefunden worden. Die sofort an Ort und Stelle vorgenommenen Feststellungen lassen darauf schließen, daß sie sich auf einen Stuhl setzte, unter den sie eine Schüssel mit brennenden Briketts zur Erwärmung gestellt hatte, dann eingeschlafen ist und so verbrannte.

Gleiwitz, 29. Januar. Vom Eisenbahnzuge getötet. Dienstag Vormittag wurde in der Nähe der Blockstation Warmuntowitz der Streckenwärter Schiendzelorz aus Plottnitz vom Schnellzuge getötet. Er war einem von Groß-Strehlitz kommenden Güterzuge ausgewichen und wurde von dem in voller Fahrt befindlichen Gleiwitzer Schnellzuge zur Seite gestoßen, mit dem Kopfe gegen einen eisernen Pfeiler geschleudert. Dadurch wurde ihm die Schädeldecke vollständig zertrümmert. Der Tod trat auf der Stelle ein. Schiendzelorz ist ein im Dienst ergrauter Beamter und hatte die Absicht, im Laufe des Jahres sich pensionieren zu lassen.

Kattowitz, 29. Januar. Ertrunken sind Mittwoch früh die Grubenarbeiter Bdzink und Strzelczyk aus Laurahütte. Sie wollten den Nachhausweg von den Nachtschichten her abkürzen und betraten dabei den zugefrorenen Grubenteich. Nach wenigen Schritten gab jedoch die schwache Eisdecke nach und Bdzink stürzte als erster ins Wasser. Strzelczyk versuchte, den Ertrinkenden zu retten, geriet jedoch ebenfalls unter das Eis und kam nicht mehr zum Vorschein. Ein dritter Arbeitskollege, der mitgegangen war, vermochte sich ans Ufer zu retten. Trotz sofort aufgenommener Bergungsversuche konnten die Leichen erst gegen 11 Uhr Vormittags geborgen werden. Die Ertrunkenen waren junge Leute von 18 und 19 Jahren und die Stützen ihrer Eltern.

Groß-Wartenberg, 29. Januar. Erstickt. Der Bauunternehmer Busch aus Manschütz, der im Kreise Schildberg einen Neubau ausführte, legte sich Nachts mit seinem Sohne und drei anderen Maurern in einem Raume zum Schlafen nieder, in dem ein Kokstrockenofen brannte. Als am andern Morgen niemand von den Maurern zum Vorschein kam, forschten die Nachbarn nach der Ursache und fanden alle Maurer in dem verqualmten Raum bewußtlos vor. Während es gelang, Busch und die anderen Leute wieder zum Bewußtsein zu rufen, war alles Bemühen bei dem 18jährigen Sohne erfolglos, er war erstickt.

Ruda OS., 29. Januar. Von einem Polizisten getötet. Der 28 Jahre alte Arbeiter Wysoly von hier wollte, wie „H. B." meldet, an einer Hochzeit teilnehmen. Da er aber als Störenfried bekannt ist, wurde ihm der Zutritt verwehrt. Als er mit Gewalt eindringen wollte, wurde ein Schutzmann geholt, den er tätlich angriff. Der Schutzmann zog blank und brachte ihm so schwere Verletzungen bei, daß Wysoly bald darauf starb.

Sosnowitz, 29. Januar. Russische Schutzleute unterlegen. Im Streite erstochen hat am Dienstag Nachmittag in Sosnowitz während des Patrouillenganges der Wachtmeister Taranowitsch seinen Kameraden, den Berittführer Kramarcz. T. wurde verhaftet und nach dem Militärgefängnis in Bendzin transportiert.

— Erfrorener Posten. Erfroren aufgefunden wurde am Mittwoch früh in der Nähe von Szodulka ein auf Posten stehender russischer Grenzsoldat.

Posen, 28. Januar. Kulturfeindliches aus Preußen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde durch eine Interpellation des polnischen Stadtverordneten v. Karwowski eine neue, ganz unbegreifliche und kulturwidrige Maßregel der preußischen Regierung gegenüber den Polen der weiteren Oeffentlichkeit bekannt gegeben: Die von der Regierung verfügte Schließung der Danysz'schen höheren Töchterschule. Der Interpellant führte an, daß alle Versuche, die Schule zu erhalten, an der ablehnenden Haltung der Regierung gescheitert seien. Einem Fräulein Smolinska, das die Leitung der Schule übernehmen wollte, sei ohne Angabe von Gründen die Genehmigung verweigert worden. Auch ihm, dem Interpellanten, der um die Uebernahme der Schulleitung gebeten wurde, sei es ebenso ergangen. Die Regierung habe ihm geantwortet, daß er als pensionierter Gymnasialprofessor hierzu nicht in der Lage sei, obwohl in ein kreisärztliches Attest in gesundheitlicher Beziehung hierzu für fähig erklärte; seine wissenschaftliche Befähigung könne ebenfalls nicht angezweifelt werden, und auch in politischer Beziehung liege gegen ihn nichts vor, da er ja doch den roten Adlerorden erhalten habe. Die Schule habe 284 Schülerinnen, die bisher der Stadt nichts gekostet hätten; er frage, was mit diesen Schülerinnen geschehen solle und wie man sie unterzubringen gedenke. Aus der Antwort des Zweiten Bürgermeisters ging hervor, daß die Stadt-Verwaltung selbst von dieser Regierungs-Verfügung überrascht worden sei, daß sie gar nicht vorher gehört und daß ihr nur eine kurze Mitteilung von der vollzogenen Tatsache geworden sei. Der Magistrat sei nicht in der Lage hiergegen etwas zu tun. In der Besprechung machte sich allgemeine „Entrüstung" gegen diesen Schlag geltend, den selbst die bakatistischen Stadtverordneten nicht zu verteidigen wagten. Deutschtum heißt Kultur! — so sagte der Kaiser in Gnesen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

N. u. Weißstein. Die Eltern werden auch als Zeugen angenommen.

Hutmacher. Mord verjährt in 20 Jahren.

N., Rosenstraße. Bis 1890 wurde alle drei Jahre zum deutschen Reichstage gewählt. Im Jahre 1893 fand eine Reichstagswahl statt, weil der Reichstag aufgelöst war.

G. W., Freiburg. 1. Die bevorstehende Entbindung Ihrer Frau berechtigt Sie leider nicht, die Wohnung länger als vertragsmäßig zu benutzen. Ziehen Sie vor dem Ersten aus, so müssen Sie trotzdem die Miete bis zum Ende des Monats bezahlen. Bleiben Sie über den Ersten hinaus in der Wohnung, dann haben Sie, wie der Wirt mit Recht anführt, die Pflicht, sich mit dem neuen Mieter, der Ihre Wohnung beziehen will, zu einigen.

G. H., Weißstein. 1. Genosse Maurenbrecher wohnt in Planegg bei München. 2. Nein.

H. F. 1. Die Hamburger Zeitungen. 2. Der Termin ist noch nicht festgesetzt.

Streitende, Gertrudenstraße. Im preußischen Landtage sitzen 150 Konservative, 60 Freikonservative, 64 Nationalliberale, 28 freisinnige Volkspartei, 8 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, 104 Zentrumsleute, 15 Polen, 7 Sozialdemokraten, 5 Fraktionslose.

Am 27. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Maurer

Karl Hoffmann.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 30. Januar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Brigittenthal 16a, nach Oswitz. 411

Am 27. d. Mts. verstarb unser Freund und Genosse, der

Maurer Karl Hoffmann.

Ehre seinem Andenken!

Die Genossen des Distrikts 13 (Scheitnig) des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 30. Januar, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause Brigittenthal 16a. nach Oswitz. 410

Zentral-Verband der Töpfer

Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tages-Ordnung:

Die Tarifkündigung seitens der Arbeitgeber.

405 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Maschinisten und Heizer.

Sonntag, den 31. Januar 1909, vormittags 10½ Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in der „Skala" (oberer Saal), Nikolaistraße 27.

Tagesordnung:

Soll auch für die Kollegen der Binnenschiffahrt geschaffen werden?

Referent: Zentralvorsitzender Kollege Scheffel, Berlin. 404

Freie Diskussion.

Unbedingtes Erscheinen erforderlich. Kollegen, bringt Eure Frauen mit.

Der Einberufer.

Kranken- u. Begräbniskasse „Hoffnung" e. H.

zu Breslau.

Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17, die

Ordentliche Jahres-General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Die sich aus dem § 49, Abs. I u. II des Statuts ergebende.
2. Antrag der Herren Glogau und Genossen, betreffend Krankengeld-Auszahlung. 406

Jedes über 21 Jahre alte, männliche und weibliche Mitglied hat gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt und ist freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Die ungemein günstige Aufnahme

welche meine Fabrikate in der kurzen Zeit meines Bestehens am hiesigen Platze gefunden haben, beweist der Umstand, daß die Arbeitsräume bei weitem nicht mehr ausreichten und um das 3—4fache vergrößert werden mußten. Dies ist der beste Beweis für die Güte meiner Fabrikate. 416

Ich offeriere heut tadellos frische Ware:

Creme-Pralinée	¼ Pfd. 20 Pf.	ff. Schokoladen-Dessert	v. 25—75 Pf. der ¼ Pfd.
Mokka-Pralinée	¼ Pfd. 25 Pf.	Vanille-Bruch-Schokolade	¼ Pfd. 20 Pf.
Mandelcreme-Pralinée	¼ Pfd. 25 Pf.	Sahne-Schokolade	¼ Pfd. 30 Pf.
Cognac-Bohnen	¼ Pfd. 25 Pf.	Sahne-Nuß-Schokolade	¼ Pfd. 30 Pf.
Walnuß-Pralinée	¼ Pfd. 30 Pf.	Creme-Bruch	¼ Pfd. 13 Pf.
Marzipan-Pralinée	¼ Pfd. 30 Pf.		
Prinzeß-Pralinée	¼ Pfd. 30 Pf.		

Tafel-Schokoladen

von den bestrenommiertesten Firmen als: Gerstli, Gala-Peter, Kohler u. s.

W. H. Klingenberg

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Breslau,

Schmiedebrücke 33.

(Nähe der Universität).

Filiale: Katharinenstraße 1.

Postversand nach außerhalb.

Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Blusen, Röcke, Kleidchen, Spitzen, Stickereien, Handschuhe und Krawatten, sowie sämtliche Artikel zur Schneiderei, kauft man am reellsten bei

Robert Jahn, 1487 Alsenstraße 50 Ecke Leuthenstraße.